

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46,  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Insetate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Sonnabend, den 26. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## Die Stortingswahlen in Norwegen.

Am Montag fanden in Norwegen die Wahlen zum Storting statt, und wie früher vorausgesagt, endeten sie mit der Niederlage der Konservativen und Freisinnigen und mit einem Siege der bürgerlich Radikalen und Sozialdemokraten. Allerdings ist das Resultat heute noch nicht vollständig, was ja auch kein Wunder ist, wenn man bedenkt, daß in den Wahlkreisen im hohen unwirtlichen Norden es mehrere Tage dauert, bis das Resultat aus den einzelnen, weitauseinander liegenden und weder durch Eisenbahnen noch durch Telegraphen verbundenen Wahlbezirken zusammengekauert ist. Aber trotzdem das Resultat dieser Kreise — es sind acht im ganzen — noch fehlt, kann man sich doch schon ein Bild von dem Ausfall der Wahlen machen. In 115 von 123 Wahlkreisen steht das Resultat fest. Danach sind gewählt 32 bürgerlich Radikale, 16 Konservative und Freisinnige und 8 Sozialdemokraten. In nicht weniger als 59 Wahlkreisen muß die Stichwahl entscheiden, und in 30 Kreisen ist unsere Partei an der Stichwahl beteiligt, und zwar in über der Hälfte mit recht guten Aussichten.

Daß so viele Stichwahlen nötig seien, konnte man voraussehen, da alle Parteien selbständig vorgingen; auch die Konservativen und Freisinnigen stellten außerhalb Christiania eigene Kandidaten auf, trotzdem sie, wie früher, ein Wahlbündnis abgeschlossen haben, das jedoch anscheinend mehr für die Stichwahlen berechnet ist. Diese Taktik kostete beiden Parteien zehn Mandate, die sie an die bürgerlich Radikalen verloren haben. Ueberhaupt hat der Linksliberalismus außerordentlich gut bei den Wahlen abgeschnitten. Seine Führer sind fast alle wiedergewählt, andere stehen in ausichtsreicher Stichwahl. Ein Teil der alten Arbeitervereinigungen, die „Arbeiter-Demokraten“ genannt, die bei der Wahl vor drei Jahren noch 15 000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, sind diesmal fast sämtlich direkt zu den Radikalen übergegangen. Ihr langjähriger Führer, der Bezirksrichter Caiberg, ist sogar zweimal gewählt worden.

Die Stimmenzahl der Radikalen ist um mindestens 30 000 gewachsen, aber auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hat sich seit der letzten Wahl um mindestens 25 000 vermehrt. Dagegen haben die Konservativen und Freisinnigen mehr als 50 000 Stimmen verloren.

Alle Verleumdungen und Verdrehungen, die im Wahlkampfe besonders gegen die Sozialdemokratie verbreitet wurden, halfen diesen beiden Parteien, die bekanntlich bisher die Regierung bildeten, nicht das geringste. Auch alle Versprechungen, die die gegenwärtige Regierung den Wählern machte, halfen nichts. Noch niemals haben die Konservativen eine so intensive Wahlarbeit betrieben, wie diesmal. Während des Sommers bereisten konservative Agenten das ganze Land und gingen sozusagen von Haus zu Haus, um für diese Partei Proselyten zu werben. Eine ungeheure Summe Geld kostete diese Wahlagitatorien, die die Großunternehmer natürlich bezahlen mußten. Als Lohn war ihnen ja von der Regierung die Aufhebung des Rückfallrechts der ihnen verliehenen Wasserfälle und Berggerechtsamen versprochen worden. Und trotzdem hat dies alles nichts genützt! Neben den bürgerlich Radikalen ist es die Sozialdemokratie, die aus dem Wahlkampfe siegreich hervorgeht. Einen für die Verhältnisse des Landes gewaltigen Stimmengewinn hat sie vor allen Dingen zu konstatieren. Von den bisher innegehabten Kreisen hat sie nicht einen verloren, wenn sie auch einige davon erst in der Stichwahl erobern muß. Alle bürgerlichen Parteien — auch die Radikalen — bekämpften unsere Partei gleich heftig und dazu diesmal noch der innere Zwist mit der Kandidatur des Pfarrers Ericksen im ersten Christianiaer Wahlkreis. Der Disziplinbruch einiger hundert Genossen in der Hauptstadt warf seinen Schatten über das ganze Land und das perfide Aufsetzen Ericksens, der um jeden Preis wieder ein Mandat haben wollte, gab den Gegnern Wahlfutter gegen unsere Partei in Hülle und Fülle.

Aber glücklicherweise erfüllten sich weder die trohen Hoffnungen der Gegner, noch die bangen Ahnungen der Genossen. Der erste Wahlkreis der Hauptstadt bleibt in sozialdemokratischem Besitz. Genosse Parteisekretär Magnus Nielsen erhielt 5334 Stimmen, Ericksen 202, der Konservative 2346 und der Radikale 600 Stimmen. Es hat zwar noch Stichwahl stattgefunden, aber da alle Kandidaten der Hauptwahl auch bei der Stichwahl wieder erschienen, so ist das Mandat dem Genossen Nielsen sicher, selbst wenn die Bürgerlichen teilweise auf Ericksen stimmen. Dr. Ericksen aber hat da-

mit seine Gastrolle in der norwegischen Partei ausgespielt.

Sonst haben sich unsere Genossen in der Hauptstadt brillant geschlagen. Der Veteran der Partei, der 67jährige Genosse Knudsen, ist mit großer Majorität wiedergewählt, in zwei weiteren Kreisen stehen die Genossen Rechtsanwalt Heiberg und Redakteur Dusanland in ausichtsreicher Stichwahl. Nur einen Kreis von Christiania haben die Konservativen noch sicher, die vier andern sind der Sozialdemokratie verfallen. Bisher hatten wir nur zwei und die Konservativen drei von den fünf Kreisen der Hauptstadt. Auch in den übrigen größeren Städten haben wir vorzüglich abgeschnitten. Gewonnen haben wir in den Kreisen Bergen, Trondhjem, Stavanger je ein Mandat, und von den 30 Stichwahlen rechnet man allgemein mindestens zehn als sicher, so daß die sozialdemokratische Fraktion im neuen Storting über 18 bis 20 Abgeordnete verfügen wird. Dieser Sieg ist um so höher anzuschlagen, da die Partei zum ersten Male den Wahlkampf streng prinzipiell geführt hat.

Das Resultat der Wahlen ist natürlich der Ausgang der gegenwärtigen konservativen freisinnigen Regierung. Bis zum Termin der Stichwahlen, dem 11. November, wird sie noch bleiben müssen, dann aber hat ihr letztes Stündlein geschlagen. Hoffentlich für immer, denn aller Voraussicht nach hat das norwegische Volk gerade im letzten Jahre übergenug die „Vorzüge“ einer konservativen Regierung, bei der die Freisinnigen nur Dekoration waren, kennen gelernt. Rücksichtsloses Klassenregiment kennzeichnet besonders die Regierung unter dem Erzkonservativen Bratlie. Wollte das Norwegervolk sich nicht selbst knebeln, mußte es diese Regierung hinwegwählen, die noch große Pläne in ihrem Schoße barg zur Rechtsmachung des Volkes. An die Stelle der konservativ-freisinnigen Regierung wird die bürgerlich-radikale treten. Schon einmal, von 1906 bis 1909 hatte das Land eine radikale Regierung, sie erfüllte jedoch die auf sie gesetzten Hoffnungen der Arbeiter schlecht, weshalb unsere Partei sie im Jahre 1909 im Stiche und damit durchfallen ließ. Hoffentlich haben die Radikalen aus dieser Tatsache gelernt und bestimmen sich in Zukunft mehr auf ihre Pflichten dem Volke gegenüber. Der Druck, den unsere Fraktion auf sie in dieser Beziehung ausüben kann, ist um so gewichtiger, weil die doppelte Anzahl sozialdemokratischer Vertreter in das neue Storting einziehen wird. Und das wird seine Wirkung auf die Regierung nicht verfehlen, andernfalls hängt sie in der Luft. Denn auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion wird die künftige Regierung angewiesen sein.

## Der Balkankrieg.

Der türkische Halbmond ist im Sinken begriffen; schneller als man es nur ahnen konnte, ist es den verbündeten Balkanmächten gelungen, den Türken entscheidende Schläge beizubringen. Kirk-Kilisse, das als Hauptstützpunkt von Adrianopel diente, ist in die Hände der Bulgaren gefallen; die türkischen „Siege“ bei Kumanowo über die Serben verwandeln sich jetzt in nicht zu unterschätzende Erfolge der letzteren; die Montenegriener kommen zwar langsam, aber sicher vorwärts und bedrohen allen Ernstes Skutari und die Griechen bedrohen bereits Saloniki. Das ist das jetzige, für die Türken äußerst betrübende Bild vom Kriegsaufschlag. Die Ursachen dieser türkischen Niederlagen können heute noch nicht ermittelt werden, das bleibt einer späteren Zeit vorbehalten. — Man kann angesichts dieser Sachlage nur wünschen, daß recht bald Friedensverhandlungen eingeleitet werden, um einem weiteren Blutvergießen Einhalt zu gebieten.

Die Türken können natürlich nicht mehr abstreiten, daß sie bei Kirk-Kilisse zurückgegangen sind. Sie lassen diesen Rückzug allerdings mit taktischen Maßnahmen begründen und erklären: „Die Ostarmee, die die Aufgabe hatte, den Vormarsch der bulgarischen Streitkräfte im Tundja-Paß möglichst lange aufzuhalten, und den Aufmarsch zu verzögern, um Zeit zu gewinnen für das Gros der Hauptarmee, hat in den letzten Tagen die Vorhut des Feindes angegriffen und die ihr zugewiesene Aufgabe vollständig erfüllt. Eine entscheidende Schlacht sollte die Ostarmee unbedingt vermeiden. Die Türken zogen sich auf die ihnen angewiesenen Linien zurück. Durch geschickte Vorstöße der Vortruppen, die den Gegner ablenkten, konnte der Zweck der Bewegung, Bereitstellung und Vereinigung der vorgeschobenen Truppen mit dem Gros, erreicht werden. Nach einem Telegramm aus Adrianopel verloren die Bulgaren 60 000 Mann in den Kämpfen vor Adrianopel.“ — In Konstantinopel glaubt man dieser Erklärung des Generalstabes nicht; vielmehr herrscht dort eine große

Erregung über die Mißerfolge. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß diese die türkischen Truppen zu erneuter Kraftanstrengung anspornen wird; ob aber der richtige Zeitpunkt nicht schon verpaßt ist? Wir müssen diese Frage bejahen.

Die Montenegriener haben gestern früh die höchste Spitze des Berges Karabosch eingenommen; allgemein wird der baldige Fall von Skutari erwartet, da die Einwohner die Besatzung zur Übergabe drängen.

Die Schlacht bei Kumanowo hat beiden Seiten große Verluste gebracht.

In Bulgarien sind die Jahrgänge 1913 und 1914 zu den Fahnen gerufen; das läßt darauf schließen, daß man sich auf jener Seite auf größere Aktionen gefaßt macht.

Dem „Hbg. Corresp.“ wird von seinem Konstantinopeler Korrespondenten folgendes gemeldet: Das Kriegsmuseum erhielt zahlreiche Photographien gefallener Soldaten vom bulgarisch-serbischen Kriegsaufschlag. Wie ich mich selbst überzeugte, sind auf den Bildern die Toten bestialisch verstümmelt; den meisten sind Nase und Ohren abgehauen. — Das sind die „Herrlichkeiten“ des Krieges.

Aus Serajewo wird gemeldet: Donnerstag sind 300 türkische Soldaten, die von montenegrinischen Truppen bedrängt wurden, auf österreichisches Gebiet übergetreten. Sie wurden nach den Bestimmungen des Völkerrechts entwaffnet und nach Serajewo gebracht, von wo sie mit Ausnahme der Christen, die erklärten, nicht mehr in die Türkei zurückkehren zu wollen, in ihre Heimat zurückbefördert werden. Die gefangenen genommenen türkischen Offiziere, ein Leutnant und ein Oberleutnant erklärten, daß in Hinsicht auf die Inhaftierung der Bevölkerung des Landes der Sandschak für die Türkei nicht zu halten sei.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die erste deutsche parlamentarische Kundgebung über den Balkankrieg.

Die sozialdemokratische Interpellation in der Bayerischen Kammer nahm Freitag unter gewaltigem Andrang auf den Tribünen einen auch durch die unglaubliche Haltung des Zentrums nicht gestörten würdigen und eindrucksvollen Verlauf. Es war eine ernste, der Verantwortung sich voll bewußte Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie.

Die Zentrumspresse hatte zunächst versucht, den Minister zu bestimmen, die Interpellation überhaupt nicht zu beantworten. Dieses Manöver war mißlungen. — Hertling verneinte beide Fragen der Interpellation, sowohl auf Einberufung des Reichstages wie auf Einberufung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Im übrigen war Hertling bemüht, über die europäische Lage zu beruhigen, und er zwang sich sogar eine kleine Anerkennung der sozialdemokratischen Haltung ab.

In der Begründung der Interpellation führte Genosse Adolf Müller u. a. aus: Wir haben nicht die Absicht, die auswärtige Politik des Deutschen Reiches herunter zu machen. Wir verfolgen mit unserer Interpellation lediglich den Zweck, der Beruhigung des deutschen Volkes und der Erhaltung des Weltfriedens zu dienen. Wir erwarten, daß der Ministerpräsident jetzt, wo er in der Lage dazu ist, die Konsequenzen aus seinen früheren Handlungen zu ziehen, die geeigneten Schritte unternimmt, damit im Deutschen Reichstage vor dem ganzen Volke klarer die Lebensfrage unseres Volkes, die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens, erörtert werden kann, nachdem es nicht gelungen ist, den Ausbruch des den Weltfrieden bedrohenden und nach der Meinung der sehr bedächtig urteilenden „Römischen Volkszeitung“ von Rußland angezettelten Balkankrieges zu verhindern. Zum mindesten hätte der Auswärtige Ausschuss einberufen werden müssen. Einem Staatsmann, der an der Spitze des zweitgrößten Bundesstaates steht, und der es als seine Aufgabe bezeichnet hat, das Ansehen der bayerischen Krone zu erhöhen, kann es noch nicht genügen, aus den Berliner Telegrammen post festum zu erfahren, was durch die Zeitungen längst bekannt ist. Wenn in den Zeiten so ungeheurer politischer Spannung dieser Ausschuss seine Aufgabe nicht erfüllt, wenn in der kritischsten Periode, die das Reich seit seinem Bestehen erlebt, dieses von der Reichsverfassung gewährleistete Instrument unbenutzt bleibt, dann allerdings wird die Beruhigungsarbeit der ernsthaften Presse vergebliche Mühe bleiben. Redner gibt dann Informationen wieder, die darlegen, welche schweren Schädigungen die deutsche Volkswirtschaft schon jetzt erlitten hat, unter denen zunächst die Arbeiter leiden. Die modern organisierte Arbeiterklasse aller Kulturländer hat aus Absehen vor dem Massenmord in der entschiedensten Weise für Erhaltung des

Welfriedens demonstriert. Unsere Freunde im österreichischen Abgeordnetenhaus verlangen soeben Auskunft, ob die Regierung geneigt sei, durch Nichtteilnahme in den Balkankrieg den Frieden für Österreich zu sichern. Leider wirken imperialistische und kriegsbegehrliche Kräfte dem entgegen. Dankbar ist es anzuerkennen, daß der französische Staatsmann Poincaré sich mit Eifer und Geschick bemüht, an der Dämpfung der Balkanwirren mitzuwirken. Der Redner schließt: Aus der Form und dem Inhalt seiner Begründung werde man entnehmen haben, daß uns jede agitatorische Nebenabsicht bei dieser Interpellation gefehlt hat. Dies noch einmal zu betonen, halte ich für notwendig angesichts des nervösen Umsturzes und der überspannten Bekämpfung der Sozialdemokratie, wie sie nun auch in Bayern Mode geworden ist. Wir haben das Recht, im Namen des Vaterlandes zu fordern, daß alles daran gesetzt wird, einen Krieg zu vermeiden, der angesichts der wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse und im Hinblick auf die durch unsere verfehlte innere Politik schon in Friedenszeiten schwierige Ernährung des deutschen Volkes zu einer ungeheuren Katastrophe führen muß.

Ministerpräsident Freiherr v. Hertling erklärte, die bayerische Regierung habe in der gegenwärtigen Zeit, in der äußerste Zurückhaltung geboten sei, keinen Anlaß gefunden, die Einberufung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten zu verlangen. Es widerspreche dem Bundesgedanken, bei jeder Gelegenheit immer gleich die Einberufung des Ausschusses fordern zu wollen. Man könne das volle Vertrauen haben, daß das Deutsche Reich sein Gewicht an Macht und Einfluß nie vergebens in die Waagschale des Friedens legen werde, an dessen Aufrechterhaltung alle Großmächte übereinstimmend das größte Interesse hätten. In seiner von Müller zitierten Rede im Reichstage habe er auch geäußert, daß bei Besprechung äußerer Angelegenheiten innere Zwistigkeiten zurückzutreten hätten. Wenn bei der Begründung der Interpellation hervorgehoben worden ist, daß den Interpellanten jede agitatorische Absicht ferngelegen habe, so würde er das, sofern darin eine Anerkennung seines damaligen Ausdrucks liege, mit großer Befriedigung begrüßen.

Die ganze Niedrigkeit des Zentrums zeigte sich darin, daß sein Vorsitzender Lerno sich damit begnügte, die Antwort des Ministers einfach als erschöpfend und befriedigend zu erklären. Mehr brauche man gegenwärtig nicht zu sagen, da wir keine Zeit haben, weil das Zentrum in der nächsten Woche nach Hause gehen will.

Der Liberale Casselmann erklärte die Gründe für die Nichteinberufung des Auswärtigen Ausschusses für nicht stichhaltig und betonte die Friedensliebe des deutschen Volkes.

Genosse Adolf Müller wußte auf die Ausführungen Hertlings und die darin enthaltenen Widersprüche nicht näher eingehen, um den Wert der beruhigenden Erklärung nicht abzuschwächen. Nur dagegen will er Verwahrung einlegen, daß der Minister die einzige Errungenschaft der Verträge von 1870, den Diplomatischen Ausschuss, vollständig preisgegeben hat. So geht in Bayern das eine nach dem andern hin.

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Vorher wurde das Budget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

#### Aus dem preussischen Landtage.

Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses begannen am Freitag mit der Wahl des Präsidenten. Der frühere Reichstagspräsident Graf Schöner-Oswitz wurde durch Zuruf gewählt. Der neue Präsident hielt eine Dankrede, in der er u. a. ausführt:

Ich weiß das durch die Einmütigkeit der eben vollzogenen Wahl mit entgegengebrachte Vertrauen und die hohe Ehre des mir zugehenden Amtes im vollsten Maße zu würdigen. Ich bin mir aber auch der Schwere der mir dadurch zugefallenen Aufgabe bewußt. Wenn ich mich dennoch entschliesse, dieses Amt zu übernehmen, so geschieht es ganz und gar nur in dem Bewußtsein, nicht zu versagen, wenn der Dienst des Vaterlandes ruft. (Lebhafte Beifälle.) Ich werde dieses Amt, wie ich dies als selbstverständlich ansehe, mit der unbedingtesten Unparteilichkeit führen. (Lebhafte Beifälle.) und ich werde, wie ich das für die Aufgabe des Präsidenten halte, bemüht sein, überall unbedingt die Rechte der Minderheit zu wahren. (Lebhafte Beifälle links.) Ich werde aber auch meine ganze Kraft einsetzen, nicht nur die Geschäfte des Hauses zu fördern, sondern auch unter allen Umständen die Würde unserer Verhandlungen zu wahren. (Lebhafte Beifälle.) Ich vertraue zuversichtlich, daß ich in dieser Hinsicht von Ihnen allen einmütig unterstützt werde. Denn ich bin der Meinung, daß mir alle das größte Interesse daran haben, das Ansehen einer Körperschaft, der wir angehören, auch gewahrt zu sehen. (Lebhafte Beifälle.) Mir diene dem Vernehmen und in dieser Erwartung nehme ich die auf mich gefallene Wahl mit Dank an. (Lebhafte Beifälle.)

Die auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen über die Meißner werden von dem Abgeordneten (Recht.) und Dr. Wiemer (Nationalist) begründet.

Aus der Rede des Abg. Schürer ist hervorzuheben, daß ihm die von der Regierung getroffenen Maßnahmen bereits zu weit zu gehen scheinen.

Der Reichsanwalt verteidigte in ausführlicher Darlegung die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Er wandte sich energig gegen eine Aufhebung oder Änderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, betonte den agrarischen Argwohn gegenüber, daß die Maßnahmen der Regierung keinen Bruch mit der bisherigen Zollpolitik bedeuten, und läßt andererseits nachsehen, daß die Maßnahmen im Interesse der Preise des Fleisches zu sein. Im übrigen behauptet er, daß die Regierung in dem Angebots, wo der Seuchenstand des Landes dies gebiete, diese Anordnungen wieder rückgängig machen werde. Zum Schluß seiner Rede kündigte der Reichsanwalt eine Reihe von geplanten gesetzgeberischen Aktionen an. Unter anderem sollen die Domänen mehr als bisher den Siedlungsangehörigen für Zwecke der inneren Kolonisation überlassen werden. Den Siedlungsangehörigen soll der Landkauf dadurch erleichtert werden, daß ihr Stammkapital durch Übernahme größerer Staatsanleihen vermehrt wird, die Beleihung von Rentenkonten mit Kautionskapital soll bis zu neun Zehntel des Wertes erfolgen.

Auf die Rede des Reichsanwalts, die bei allen bürgerlichen Parteien von rechts und links Beifall auslöste, nicht ohne einen Hauch Sarkasmus, sondern offensichtlich wegen ihrer Unhaltbarkeit, folgten drei Agrarier vom rechten Bank, der konservativste Führer Dr. Heydebrand, Abg. Herold vom Zentrum und der sozialistische Dr. Engelbrecht. Alle drei stimmten darin überein, daß der § 12 des Fleischbeschaugesetzes auf keinen Fall aufgehoben werden darf, und eben

waren sie auch darin einig, daß die Fleischversorgung eine Aufgabe der Kommunen sei. Mit Spannung erwartete man den angekündigten Vorstoß des Abg. v. Heydebrand gegen die Regierung, aber der Vorstoß blieb aus. Offenbar war es zwischen dem Agrarier und der Regierung vorher zu einer Verständigung gekommen.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Korfanty (Volk) sprach am Schluß der Landtagsversammlung Freiherr v. Schöner, dessen Rede im Grunde darauf hinauslief, die deutschen Arbeiter essen zu viel Fleisch. Die gebührende Antwort wird ihm vom Genossen Ströbel erteilt werden, der Sonnabend als erster Redner zum Wort kommt.

#### Nationalliberal-zentristisches Kompromiß.

Das zwischen den Rechtsnational Liberalen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und dem Zentrum abgeschlossene Reichstagswahlkompromiß scheint zu einer dauernden wahltaktischen Vereinigung der beiden Parteien führen zu sollen. Nachdem bereits aus Bochum über Abmachungen dieser Art zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl berichtet wurde, kommt die gleiche Meldung jetzt aus Essen. Hier ist das Kompromiß auf der Grundlage der Erhaltung des beiderseitigen Bestandes abgeschlossen worden. Zwei Mandate werden von jeder Partei ausgetauscht. Der Stadtverordnetenversammlung gehören an: 40 „National“, 20 Zentrumsleute und 2 Sozialdemokraten. Man sieht, daß das Zentrum in seiner Sorge um die Erhaltung der Mandate der dritten Abteilung, die von der Sozialdemokratie aus bedroht werden, sehr bescheiden sein kann. Das ganze Kompromiß ist lediglich von der Furcht vor weiteren Eroberungen der Sozialdemokratie diktiert worden.

#### Agitation für den Krieg.

Die Berliner Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, dieser Sammelfläche der Kriegsbegehrer, hat sich von einem Dr. Schmidt-Gibitzen einen Vortrag halten lassen über das recht zeitgemäße Thema: „Der Krieg als Schöpfer und Erhalter der Staaten“. Die „Post“ ist von dem Vortrag geradezu begeistert, sie verzeichnet: Diese „Ausführungen, in Millionen von Flugblättern über ganz Deutschland verbreitet, müßten die hergebrachten Ansichten über Krieg und Frieden von Grund aus umwerfen und den Pazifisten schwere Stunden bereiten.“

Der Vortragende hatte nämlich „nachgewiesen“, daß nur die kriegerische Form für Staat und Gesellschaft aufbauend, befestigend und erhaltend wirke. Der Vortrag soll als Sonderabdruck verbreitet werden.

#### Fort mit dem alten Plunder.

Folgende Meldung geht durch die bürgerliche Presse: Der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Freiherr von Rheinbaben hat sämtliche Kommunalverwaltungen zu gutachtlichen Äußerungen über die bestehenden zahlreichen Polizeiverordnungen erjucht. Die veralteten oder unzweckmäßigen sollen aufgehoben oder geändert werden. Dem Vernehmen nach wird dieses Vorgehen auf ganz Preußen ausgedehnt werden. — Die Volkshaus hör' ich wohl, allein. . .

#### Polen und Zentrum.

Die „Staatsmänner“ des Zentrums halten es unter der gegenwärtigen politischen Lage für gut, von den Polen möglichst weit abzurücken. Und damit auch die Regierung von dieser staatsmännlichen Einsicht des Zentrums Kenntnis erhält, präzipierte der Führer der staatsmännlichen Richtung, Dr. phil. Bachem, seinerzeit im Scherfischen „Tag“ den neuen Standpunkt, den das Zentrum zu den Polen und ihrer Agitation einnimmt. Bei allen vorstichtigen Redewendungen ging doch so viel klar aus Bachems Äußerungen hervor, daß er die Polenagitation mißbilligt und der Regierung keine Schwierigkeiten machen werde, wenn sie die Polen schärfer anspricht. Die polnischen Blätter haben auf diese Treulosigkeit der alten Bundesgenossen der Polen sehr scharf reagiert; Chrentitel wie Judas, Wölfe im Evangelium waren noch nicht die schärfsten Ausdrücke gegen das Zentrum. Dem Pfarrer Kapiza, der aus der polnischen Fraktion in dem Parlament auswich, dem Zentrum zuliebe, wurde Strebertum vorgeworfen, das ihm ja auch schon die Ernennung zum Erzpriester eingebracht habe. Und „dieselbe Veränderung, die man an dem Pfarrer Kapiza bemerkt, ging auch mit dem ganzen deutschen Zentrum vor sich“. Hr. v. Hertling sei maßgebend geworden und der streite jetzt alles ab, was er früher abzustreiten nicht für nötig fand.

Auf diese Angriffe antwortet nunmehr Dr. Jul. Bachem wieder im „Tag“. Man merkt ihm das Bestreben an, den Bogen nicht zu überspannen und es nicht zum völligen Bruch mit den Polen kommen zu lassen. Man weiß ja nicht, ob das Zentrum die polnischen Stimmen nicht wieder einmal im Reichstage oder im preussischen Landtage gebrauchen wird. Und deshalb erklärt er:

Ich wünsche und hoffe nicht, daß es je dahin (zum Bruch) komme, und gerade deshalb habe ich die gegenwärtige Lage nüchtern gekennzeichnet. Klarheit ist zu allen Dingen nötig. Im polnischen Lager muß man sich endlich einmal Rechenschaft darüber ablegen, was werden wird, wenn man dem Radikalismus weiter die Fügeln schließet, anstatt wenigstens einmal zu versuchen, eine Gegenströmung zu erzeugen, die anfangs schwach sein mag, aber unter dem Druck der Verhältnisse früher bald erstarren würde.“

Unter Berufung auf schlechte Zentrumsblätter verfährt Bachem noch einmal ganz ausdrücklich, das jegliche Verhalten des Zentrums bedeute kein Abweichen von den Sakramenten, überhaupt keine Änderung in der Haltung des Zentrums gegenüber den Polen, sondern nur einen dem Zentrum aufgezwungenen Kampf gegen den Radikalismus bei den Polen, den das Zentrum um seiner Ehre willen führen müsse: „Das Zentrum kann bei Fortdauer und Verschärfung der vorhandenen Enttendung höchstens ein paar Mandate verlieren, wodurch an seiner Gesamtstellung im öffentlichen Leben nichts geändert würde; die Polen werden, wenn es so weiter geht, gründlich die Stimmung bei der einzigen großen deutschen Partei verderben, die unbeschadet der Wahrung wirklicher Staatsnotwendigkeiten für die berechtigten Interessen jederzeit eingetreten ist, auf die sie in vitalen Fragen geradezu angewiesen sind.“

Die Polen werden sich vermutlich auch durch die aus den letzten Sätzen klingende Drohung des Zentrums-

führers in ihrer Haltung gegen den abgefallenen Bundesbruder nicht beeinflussen lassen. Und so dürfte denn eintreten, was Nadem voraussetzt, daß bei den nächsten Wahlen in den oberschlesischen Bezirken dem Zentrum einige Mandate verloren gehen.

#### Professoren = Weisheit.

Ueber den Geburtenrückgang in Deutschland hat auch der Breslauer Professor Julius Wolf ein Buch geschrieben, das die Anerkennung der konservativen „Schles. Ztg.“ gefunden hat, die dem Werk einen Leitartikel widmet. Daraus kann man schon ersehen, weß Geistes Kind das Buch ist. Wolf sieht in dem Geburtenrückgang im wesentlichen die Frucht der auf alle Lebensgebiete übergreifenden Emanzipationsbewegung: der Emanzipation von der Sitte, der Emanzipation von der Kirche, der Emanzipation von der Autorität jeder Art, und im besonderen auch der Emanzipation der Frau und der Kinder von aller Tradition. In den Ländern strenger Kirchlichkeit sei die Geburtenziffer gemeinhin die höchste, sie habe auch auf dem Lande, wo die Tradition gepflegt wird, eine ganz andere Höhe, als in den Städten. Je sicherer ein Volk im Glauben, desto größer sei seine Geburtenziffer. Weiter sei zur Erklärung des Geburtenrückganges die Volksschule, welche der Massen die Kenntnis des Lesens, Schreibens und Rechnens vermittelt hat, und der fortschreitende Ordnungssinn auch der großen Masse heranzuziehen.

Wenn sich Deutschland mit seinem Geburtenrückgang auch noch sehen lassen könne, gegenüber anderen Ländern, so habe die Lage Deutschlands bei der sich vermindern Geburtenziffer doch keineswegs als unbedenklich zu gelten.

Welche Mittel weiß nun aber der Herr Professor gegen solche „nationale Gefahr“ anzugeben? Er verlangt eine wirksame Mittelstandspolitik, da Selbstständige im Verufe mehr Kinder haben als Angestellte; ferner wünscht er Begünstigung kinderreicher Familien bei der Besteuerung; am meisten aber erwartet Prof. Wolf von der Pflege der Kirchlichkeit. Daneben weist er auf die hohe Säuglingssterblichkeit in Deutschland hin und fordert schließlich Reichs- oder Landesanketen mit dem Ziele auf Ermittlung der Fehler und Unterlassungen auf diesem Gebiete.

Wir registrieren das Machwerk nur, um zu zeigen, wie weit konservative Professorenweisheit reicht, um die offensichtlichen sozialen Schäden zu erkennen. Nicht kümmert den Herrn Professor die Teuerung, die er aller Wahrscheinlichkeit nach durch die von der Kirche gepredigte Bedürfnislosigkeit beheben will. Bewunderlich wäre es nach alledem nicht, wenn der konservative Professor zur Behebung des Geburtenrückganges die Beilegung der obligatorischen Schulpflicht gefordert hätte! Das Organ der schleißischen Junker würde ihm dann noch mehr Anerkennung gezollt haben.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 26. Oktober.

Einen jahnurigen Einfall hatte die Liberale Volkspartei in Lübeck in ihrer letzten „gutbesuchten“ Versammlung. Sie hielt es nämlich für angebracht, sich mit den machtvollen Protektionen der Sozialdemokratie gegen den Krieg zu beschäftigen und „einmütig“ — bei den Liberalen ist es immer auffallend, wenn einmal eine Einmütigkeit besteht — folgende Resolution anzunehmen:

„Da die Sozialdemokratie sich in zahlreichen Versammlungen im ganzen Lande mit einer angeblich dem Deutschen Reich drohenden Kriegsgefahr befaßt hat, will der Verein der Liberalen Volkspartei Lübeck nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das gesamte deutsche Bürgertum ebensoviele wünscht wie die Sozialdemokratie, daß aber seiner Ansicht nach die Sozialdemokratie erst durch die agitatorische Erörterung der Frage für die Verbreitung der das Wirtschaftsstellen lähmenden Kriegsjuristerei sorgt. Die Liberale Volkspartei verurteilt dieses Vorgehen der Sozialdemokratie auf das entschiedenste, da es Deutschland dem Auslande gegenüber schadet.“

Wenn es nach dem Verein der Liberalen Volkspartei Lübeck ginge, dann behielte und bewegte jeder Deutsche seine Friedensliebe im Herzen. Und wenn dann insolge der Tätigkeit gewissenloser Hezer die Kriegsjurie ihre Arme nach Deutschland hinüberstreckt, so hat sich jedermann pflichtgemäß zu begeistern und mit Gott für König und Vaterland sich auf dem Schlachtfelde hinmähnen zu lassen. Nun ist es allerdings der Sozialdemokratie völlig gleichgültig, ob dem Freilium, der durch seine Rüstungsbewilligungslust die Kriegsgefahr mitverstärkt, die Protestkundgebungen der Arbeiter für den Frieden gefallen oder nicht. Die Hauptfrage ist, daß sich die wertvolle Bevölkerung bewußt wird, daß sie alles tun muß, um einen Krieg zu verhindern. Und dafür sorgt die Sozialdemokratie zum Ingrimm der Panzerplattens- und Kanonenpatrioten, die beim Völkermassenmord verdienen, und zum Ärger gewisser Freiliumer, die zwar weniger an Friedensliebe als an lähmender Furcht vor den agitatorischen Erfolgen der Sozialdemokratie leiden.

Zur Vertrauensmännerwahl der Angestelltenversicherung. Mit völlig unbewiesenen Behauptungen gehen die Leute vom „Hauptauschuß“, voran die maulfertigen Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, freiben. Sie sagen: Der von der freien Vereinigung nicht nur, sondern auch einer ganzen Anzahl anderer Sozialpolitiker verlangte Ausbau der Invalidenversicherung hätte „1100 Millionen Kosten“ verursacht. Deshalb wäre die Reichsregierung und mit ihr der „Hauptauschuß“ zur Sonderversicherung gekommen. Auf Grund früherer Berufszählungen schätzt man den Gesamtbetrag, der bei der Angestelltenversicherung durch die Beiträge aufgebracht wird, auf jährlich 205,7 Millionen Mark, ein Betrag, der allerdings zum Teil in die gesetzlich zugelassenen Erbschaften und Lebensversicherungen fließt. Nach Ablauf der gesetzlichen zehnjährigen Wartezeit sind dies schon über zwei Milliarden und dabei machen die Angestellten noch nicht den zwölften Teil der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland aus! Nun wird aber die Richtigkeit der Behauptung, daß durch die Ausdehnung der den Angestellten zu gewährenden Leistungen auf sämtliche Arbeiter zu große Kosten entstanden sein würden, von sachverständiger Seite überhaupt bestritten. Insbesondere wird darauf gelegt, daß eine an die allgemeine Versicherung angegliederte Versicherung nicht so lang bemessene Wartezeiten notwendig gemacht hätte. „Ein Anschluß der Angestelltenversicherung“ — so jagt einer der bekanntesten Kommentatoren — „an die allgemeine Versicherung hätte schon deshalb nahe gelegen, weil drei Viertel der Angestellten als Zwangsversicherte der allgemeinen Versicherung angehören.“ Es sind dies alle Betriebsbeamte, Wertmeister, Handlungsgehilfen, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Schiffer unter 2000 Mark Gehalt oder Lohn.

Es kommt demnach praktisch so heraus, daß die neue Sonderversicherung in der Hauptsache für die „oberen Tausend“, für die Herren Angestellten, die Leute in festen Stellungen mit 3000, 4000, 5000 Mk. geschaffen worden ist. Die geringfügigsten Angestellten halten mit ihrem am Munde abgeparteten Beiträgen diese obere Schicht aus — diese selbe Schicht, die sie als „Praktikanten“, „Ratgeber“, „Bureaudienst“ und sonstige Antreiber oft genug schurkelt! Der Standesbündel der „führenden“ Hauptauschüßmitglieder kommt den übrigen Angestellten teuer zu stehen.

Schon im nächsten Januar tritt das neue Heilverfahren und das „Hausgeld“ in Kraft. Das Heilverfahren, das eingeleitet werden kann, wenn infolge einer Krankheit „Berufsunfähigkeit“ droht, ist ganz in die Hände der bürokratisch verwalteten Reichsversicherungsanstalt in Berlin gelegt. Geheime Regierungsräte oder sonstige von der Reichsregierung auf Lebenszeit eingesetzte Staatsbeamte in Verbindung mit Militärärzten befinden darüber, ob ein Heilverfahren Platz greift oder nicht. Nicht einmal die sonst etwas unabhängig ausgestattete Renten-Ausschüßbehörde (der 20 Beisitzer als Beteiligte angehören müssen!) hat hier maßgebenden Einfluß. Ausdrücklich hat sich das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt, die Zentrale in Berlin, bindende Entschlüsse über das Heilverfahren vorbehalten. Die Hauptauschüßer schwafeln davon, daß „15 bis 20 Millionen Mark für das Heilverfahren zur Verfügung stehen“. Keine gesetzliche Vorschrift jedoch spricht von einer bestimmten Summe oder von einem Mindestbeitrag, der unter allen Umständen für Heilverfahren aufgewendet werden müsse. Diese „15 bis 20 Millionen“ sind wie alle derartigen Zahlen des Hauptauschüßes und der an diesem Schwindel mitgeschuldbigen bürgerlichen Presse einfach aus der Luft gegriffen!

Was dann das Hausgeld anbelangt, das z. B. in Gehaltsklasse E (1500—2000 Mark drei Zwanzigstel des 9,60 Mark betragenden Monatsbeitrages = 1,44 Mark im Tag beträgt — damit soll nämlich unter Umständen eine Familie auskommen, wenn der Ernährer in einer der übrigen noch gar nicht errichteten Lungenheilstätten usw. der Reichsversicherungsanstalt zur Kur weilt! — so wird dasselbe nur ausbezahlt „solange und soweit kein Rechtsanspruch auf Lohn oder Gehalt besteht“. Das ist z. B. bei Handlungsgehilfen frühestens erst nach 6 Wochen. Auch kann die Reichsversicherungsanstalt dieses Hausgeld während der Dauer von Barbezügen aus der reichsrechtlichen Arbeiterversicherung bis zur Höhe dieser Barbezüge einstellen. Gemeint ist damit z. B. das Krankengeld oder die Familienunterstützung der Ortskrankenkasse.

Dazu kommen noch die ungeheuren Verwaltungskosten der Landesversicherung. Hat doch die Reichsversicherungsanstalt im feinsten Viertel von Berlin 20 nicht weniger wie 200 Geschäftsräume auf 5 Jahre gepachtet, in denen ein Heer von Beamten, darunter die schon erwähnten, im Gehege ausdrücklich vorgeesehenen Militärärzte, arbeitet.

Nun will die Freie Vereinigung nach den Bekanntheiten ihres Gegners, des Hauptauschüßes, lediglich „haken“. Sie will den Angestellten „die Freude am Gesetz vergällen“ — diesem Gesetz, durch das von vorn bis hinten ein kleinlicher, engherziger Zug geht! Eine Freude an dem neuen Gesetz ist gar nicht vorhanden!

Die Freie Vereinigung aber ist unabhängig in jeder Hinsicht. Sie nimmt sich das Recht jedes Staatsbürgers heraus, für Verbesserungen und Änderungen des Gesetzes einzutreten. Sie fordert energisch, daß man auch bei dieser neuen Sonderversicherung die einfachsten Regeln von Treu und Glauben wie im gewöhnlichen Leben hochhält: gleiche Pflichten — gleiche Rechte. Den schweren Beiträgen der Angestellten Versicherung müssen entsprechende auskömmliche Leistungen gegenüberstehen! Die Kandidaten der Freien Vereinigung — in Lübeck Liste A — werden alles daran setzen, dieses Ziel zu erreichen.

Am morgigen Sonntag wähle jeder denkende Angestellte nur diese Liste und keine andere!

**Freie Vereinigung oder Hauptauschüß.** Am 25. Oktober fand die gutbesuchte öffentliche Versammlung der Freien Vereinigung in der Flora statt. Auf der Tagesordnung stand: „Freie Vereinigung oder Hauptauschüß“. Referent war Herr Schweizer. Diese Versammlung bot nun nicht das Bild der antilemischen Rabauwerksamkeit am Mittwoch. Dort haben es die Herren vom Hauptauschüß in echt deutsch-nationaler Manier verstanden, die Redner der Freien Vereinigung durch Aufbietung ihrer Lehrlingsabteilung, die jedenfalls ihre in den Vereinskassen erhaltene Bildung betätigen mußte, durch Geirampel und ununterbrochene Ruhestörung an ihren Ausführungen zu hindern. Herr Schweizer vertrat in vorzüglicher Weise den Standpunkt der Freien Vereinigung. Hauptächlich mit dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband ging Redner scharf ins Gericht. Er beleuchtete das Privatangestellten-Versicherungsgesetz kritisch und zeigte an der Hand schlagender Beweise die ganze Unannehmlichkeit dieses Gesetzes. Eindringlich schilderte der Referent die Vorteile, die der Ausbau der allgemeinen Invalidenversicherung gebracht hätte. In durchaus sachlich durchdachter und sich von der Latit des Hauptauschüßes wohlwollend abhebender Manier brachte Herr Schweizer sein lückenloses Material zum Vortrag. Die Versammlung folgte denn auch diesen Erläuterungen mit vollster Aufmerksamkeit, ein Zeichen, daß es dem Hauptauschüß nicht überall gelungen ist, die Köpfe der Privatangestellten zu versteinern. Herr Döbenthal kam nochmals auf die Mittwoch-Versammlung des Hauptauschüßes zurück und charakterisierte in treffenden Worten das Verhalten dieser Verbände.

Die Quintessenz dieser Versammlung war jedenfalls: Keine Stimme dem Hauptauschüß!

**Privatangestellte! Treter ein, Mann für Mann für die Liste A der Freien Vereinigung!**

Notwendig ist es, daß die jungen Mädchen und Frauen über 21 Jahre, sofern sie als Verkäuferinnen, Kontoristinnen, Buchhalterinnen oder sonst als Angestellte tätig sind, von diesem Wahlrecht bei den Vertrauensmännerwahlen Gebrauch machen. Es ist weiter notwendig, daß nicht nur die männlichen Kollegen, sondern auch die organisierten Väter und Brüder dieser weiblichen Versicherer ihre Töchter, Schwestern und sonstigen Anverwandten auf die Wahlhandlung aufmerksam machen, und veranlassen, daß diese den Wahlakt ausüben.

**Lübecker Privatangestellte! Macht's nach!** Schon wieder haben die Angehörigen der Freien Vereinigung in mehreren Städten schöne Erfolge erzielt. Uns wird darüber berichtet: In Köln a. Rh. erhielten Stimmen: Freie Vereinigung 1498, Vereinigte Frauenorganisationen 974, Deutsch-nationale 930, Werkmeisterverband 820, Katholisch-katholisch-männliche Vereinigung 669, Versicherungsbeamte 450, Leipziger Verband 421, 58er Verband 238, Privatbeamten-Verein 229. Die Freie Vereinigung erhielt zwei Vertrauensmänner, sowie einen ersten und zwei zweite Erfahrmänner. Bei der Arbeiterwahl wurde ein Vertreter des Gewerkschaftsverbandes gewählt. — Im heftigen Bezirk Friedberg-Wilhelmshafen wurden von der Liste des vereinigten nationalen Wahlkreises fünf, und von der Liste der Freien Vereinigung vier Vertreter (neun waren im ganzen zu wählen) gewählt,

darunter zwei Sozialdemokraten, nämlich der Werkmeister Armbrust und der Landtagsabgeordnete Busold. — Die Lübecker Privatangestellten werden hoffentlich nicht hinter denen von Köln und anderen Orten zurückbleiben!

**Eine Verschlechterung des Stadttheaterbesuches** hat leider der diesjährige Monat September gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres gebracht. Das Stadttheater wurde im September 1912 an 15 Abenden von 7378 Personen besucht, also durchschnittlich von 492 gegen 528 im September 1911. Der größte Besuch war am 15. September mit 783 Personen („Die fünf Frankfurter“), der kleinste Besuch am 18. September mit 271 Personen („Glaube und Heimat“).

**Strafkammer vom 26. Oktober.** Der Schmuggel von 20 Flaschen Kognak, 6 halben Kisten Zigarren, 2 Pfund Rauchtabak und 10 Flaschen Medikamenten hatte für einen Schiffstoch sowohl wie für den Kapitän böse Folgen. Der Schiffstoch H. fuhr auf dem hier beheimateten Dampfer „Zar“ nach Rußland und übernahm es für eine Vergütung von 60 Mark, obige Sachen in Rußland einzuschmuggeln, für die sonst hoher Eingangszoll zu entrichten gewesen wäre. Auf der ersten Fahrt wurde er das Schmuggelgut nicht los, sie kamen nach Lübeck zurück und erst beim Wiedereinlaufen in den russischen Hafen gewährte es die Zollbehörde. Bei Vermeidung der Beschlagnahme von Schiff und Ladung mußte der Kapitän 434 Rubel und 15 Kopelen bezahlen. Bei der Heimkehr wurde der Koch sofort abgemüllert, verlor seine Monatsheuer und darf nicht mehr auf deutschen Schiffen fahren. Das brachte ihm lange Arbeitslosigkeit und jetzt noch 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis. Bei der Strafzumessung wurde besonders berücksichtigt, daß eine solche Handlungsweise unsere Schiffsahrt in Mißkredit bringe. — Wegen Sittlichkeitsverbrechen erhielt der Arbeiter K. unter Berücksichtigung mildernder Umstände 7 Monate Gefängnis. — Der Fabrikarbeiter J. stahl bei der Olmühle einem Kollegen ein Fahrrad, machte Nummern- und Markenschild unkenntlich und muß nun neun Monate dafür abtun. — Mit einem trunksüchtigen Arbeitskollegen zechte der Angeklagte D. Beim Verlassen der Wirtschaft schlug er dem bisher Freigelassenen zum Danke den Geldbeutel aus der Hand und rannte damit fort. Als ihm dieser wieder abgenommen wurde, fehlten 6 Mk. D. erhält sechs Monate Gefängnis. — Ein sehr oft vorbestrafter Wandergeselle schlich sich des Abends in ein Wohnhaus, angeblich um dort zu nächtigen. Dabei entwendete er einen Anzug und Stiefel. Er kommt knapp an Zuchthaus vorbei, mildernde Umstände führen ihn auf 1 Jahr ins Gefängnis.

# Privatangestellte!

Wählt Vertrauensmänner, die klar und zielbewußt auf einen Ausbau der Versicherung zum Nutzen der Angestellten hinarbeiten. Diese Garantie bieten nur die Vertreter der Freien Vereinigung.

## Wählt darum die Liste A!

Die Wahl findet morgen, Sonntag, den 27. Oktober, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr in den gestern von uns bekannt gegebenen Lokalen statt.

**pb. Schwindlerin.** Am 24. d. Mts. abends gegen 9 Uhr hat eine Frauensperson, die einen grauen Mantel trug, einem Schüler auf der Straße im Schüsselbuden ein Paket, enthaltend 2 blaue leinene Schürzen für Hausburschen und 3 Meter schwarze wollene Zadenlängen, sowie eine Mark abgeschwindelt. Dafür gab sie dem Knaben ein Feinbrot, 1/2 Schwarzbrot und 1/2 Pfund Käse und bat ihn einen Augenblick zu warten, sie wolle ihn als Laufjungen anstellen. Der Knabe wartete eine halbe Stunde vergeblich auf ihre Rückkehr. Es wird vor dieser Schwindlerin gewarnt.

**pb. Entwendeter Kindermantel.** Vom Fluß einer an der Schwartauer Allee belegenen Mädchenschule wurde ein grüner Kindermantel gestohlen.

**Hamburg.** Der Voranschlag des Hamburgischen Budgets für das Jahr 1913 steht im ordentlichen Etat Einnahmen von 170,78 Millionen Mark vor, wozu noch außerordentliche Einnahmen in Höhe von 39,04 Millionen Mark hinzukommen, denen ein gleich hoher Betrag in den Ausgaben des außerordentlichen Etats gegenübersteht, während die Ausgaben im ordentlichen mit 179,72 Millionen Mark vergesehen sind, sich also ein Defizit im ordentlichen Etat von 8,95 Millionen Mark ergibt. Für das Jahr 1912 stellten sich die Ausgaben im ordentlichen Etat auf 182,38 Millionen Mark, was ein Defizit von 20,37 Millionen Mark ergab, und die Einnahmen und Ausgaben im außerordentlichen Etat auf 31,44 Millionen Mark. — Die Unteranschläge in der Innungsrankenkasse der Maler vor Gericht. Im Frühjahr d. Js. wurde in dem Bureau der Innungsrankenkasse ein Einbruch verübt, bei dem dem Diebe eine Summe von 519,93 Mark in die Hände fiel. Anlässlich dieses Diebstahls wurde eine Revision der Bücher vorgenommen, wobei sich herausstellte, daß der Rechnungsführer Paul Karl Heinrich Hirsch, der seit dem 6. Oktober 1909 der Kasse vorstand, einen Betrag von 21 227,70 Mark veruntreut hatte. Trotzdem die Anstellung am 6. Oktober 1909 erfolgt war, begann er bereits am 6. November desselben Jahres, Beträge der Kasse für sich zu entnehmen, und setzte das Verfahren bis in das laufende Jahr fort. Seine Veruntreuungen verdeckte er dadurch, daß er die in die Bücher eingetragenen Ausschläge an die Kassenmitglieder unrichtig adiierte. Es darf aber wohl als angebracht erscheinen, darauf hinzuweisen, daß bereits im Frühjahr des vorigen Jahres der Genosse Rint, der als Gehilfe im Jahre 1909 in den Vorstand der Kasse gewählt wurde, bei der Staatsanwaltschaft die Revision der Kasse beantragte. Er erhielt aber unter dem 25. April 1911 von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben zugestellt, in dem es hieß: „In Sachen gegen den Kassenrechnungsführer Paul Hirsch eröffne ich Ihnen, daß ich das Verfahren eingestellt habe. Eine genaue Revision der Kasse und der Bücher hat ergeben, daß der Beschuldigte sich keinerlei strafbare Handlung hat zuschulden kommen lassen.“ Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 2 Monaten, 2 Jahren Ehrverlust, 3 Monate gefesselt als verbüßt.

**Bremen.** Die Bürgerschaft hat am Mittwoch trotz des Freimarktes, des Bremer Karnenals, eine Sitzung abgehalten. Die Anlegung des Osterholzer Friedhofes hat den Volksvertretern schon sehr viel Kopfschmerzen gemacht. Der weltberühmte Ohsdorfer Friedhof in Hamburg sollte in Bremen ein ebenbürtiges Seitenstück erhalten. Durch ein Preis-

auschreiben wurden die deutschen Künstler aufgefordert, für das 60 Hektar umfassende Terrain Pläne auszuarbeiten. Das mit dem zweiten Preis ausgezeichnete Projekt des Regierungsbaumeisters Franz Seel in Steglitz und des Gartenarchitekten Paul Freye in Charlottenburg ist im Jahre 1910 von Senat und Bürgerschaft zur Ausführung bestimmt worden. Da die Kosten der Anlagen nahezu auf eine Million veranschlagt waren, wurde vorerst die Hälfte zur Ausführung empfohlen, die auf 411 000 Mark Kosten veranschlagt wurde. Leider hat eine Nachprüfung diese Kosten auf 583 000 Mark erhöht. Deshalb wurde die Vorlage an die Baudeputation zurückverwiesen. Genosse Waigand warnte vor allzu großer Sparamkeit bei einer solchen Anlage. Wenn man sich an die Künstler wende, dann dürfe man nicht in krämischer Weise wegen der Kosten feilschen. Ein Vertreter der Kaufleute sagte aber: Wir brauchen unser Geld für die Häfen. — Genosse Henke begründete einen Antrag, die Wohnungsinspektion mit einem Bericht zu beauftragen, wie der drohenden Wohnungsnot entgegenzuwirken sei und geeignete Vorschläge zu machen. Herr Lehmann, der Vorsitz der Bauunternehmer, hat eine Wohnungsnot bestritten, er wünschte die Niederlegung einer Kommission, die die Bürgerchaftsmitglieder die Wohnungsfrage besser beurteilen könnten. Herr Dr. Böhmert beantragte, einer städtischen Wohnungsfürsorge resp. einem Wohnungsnachweis näherzutreten und zu diesem Zwecke eine ständige Deputation niederzusetzen. Dann könnte auch geprüft werden, ob die von den Bauunternehmern vorgebrachten Beschwerden gegen die Bauordnung berechtigt seien. Genosse Henke wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Bauunternehmer die Bauordnung in ihrem Interesse ändern, dafür könne er nicht stimmen, da dadurch die Wohnungen verschlechtert würden. Die hohe Kriminalität in Bremen sei mit einer Folge der bremischen Bauweise. Wenn die Wohnungsinspektion nicht genüge, dann müsse sie ausgebaut werden. Wir müssen der Wohnungsinspektion Gelegenheit geben, über ihre Erfahrungen zu berichten. Der Antrag auf Niederlegung einer Kommission wird angenommen, ebenso der Antrag auf Einsetzung einer Deputation wegen des kommunalen Arbeitsnachweises.

**Odenburg.** Rekrutenmishandlung aus Diensteifer! Der Gefreite Cordes vom Odenburger Dragonerregiment Nr. 19 hat in mindestens 10 Fällen als Berittführer den Dragoner Zimmermann beim Stalldienst mit der Faust, einem Riemen und einem Reitstock mishandelt. Weiter hat er den Mann im Mai d. J. „vorschriftswidrig behandelt“, in dem er ihn „längere Zeit“ mit vorgezogenen Armen laufen ließ. Als Stubengesetter übte er in drei Fällen unter Annahme von Befehlsbefugnissen unerlaubte Strafgewalt aus, indem er Mannschaften zur Strafe mit drei- bis siebenstündigem Stubendienst belegte. Der gefährlichen Körperverletzung machte er sich dadurch schuldig, daß er dem Dragoner Straferjan einen Stiefel an den Kopf warf, wobei dem Str. die Oberlippe gespalten wurde. Endlich hat er bei dieser Tat den Str. angepöbeln, den vorgezogenen Militärarzt zu belügen. Das Kriegsgericht der 19. Division, das in der Sitzung vom 20. v. M. den Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände zu 6 Wochen mittlerem Arrest verurteilte, ist von der Auffassung ausgegangen, daß Cordes ein sehr jähzorniger, aber sehr tüchtiger (?) und pflichteifriger (?) Mann, weniger aus Lust zum Quälen, als aus Diensteifer (?) handelte, wodurch sich die Annahme milderer Fälle rechtfertige. Die Verurteilung des Gerichtsherrn, der das Urteil für zu mild hielt, wurde vom Oberkriegsgericht verworfen. Mit dem Verurteilten steht, was hervorgehoben zu werden verdient, das 19. Dragonerregiment trotz der abgeurteilten Fälle noch in Kapitulationsunterhandlung. — Es darf wohl erwartet werden, daß das Regiment auf die ferneren Dienste dieses Mannes verzichtet, der mit seinem jähzornigen Charakter trotz sonstigen „Pflichteifers“ für die Stellung eines Vorgesetzten bestimmt nicht geeignet ist.

## Theater und Musik.

**Neues Stadt-Theater.** „Carmen“, Oper in 4 Akten von Bizet. Die geistige Aufführung von „Carmen“ erhielt ihr künstlerisches Gepräge durch die Mitwirkung des Kopenhagener Kammerängers Herold als José. In realistisch, aber nie die Grenzen des Schönen überschreitender Weise gestaltete der Künstler den Sergeanten, den die dämonische Macht Carmens in Elend und Verderben treibt; erschütternd wirkte Herold in der letzten Szene, da José in höchster Verzweiflung, seiner Sinne nicht mächtig, Carmen tötet und dann selbst wie vernichtet an ihrer Seite niederfällt. Der Kopenhagener Gast ist auch ein Sänger, der seine nicht übermäßig üppigen, aber wohlklingenden Stimmittel mit erlebnisreichem Geschmaack verwendet und seinem Gesang Seele und Ausdruck verleiht. Man würde sich an seiner prachvollen Darbietung noch mehr erfreuen, wenn er sich der deutschen Sprache bedienen würde. Französisch versteht eben noch nicht jeder in Lübeck und eine deutsch-französische Aufführung hinterläßt keinen einheitlichen Eindruck. Die Carmen der Frau Schmidt war eine harte Talentprobe. Ohne den Dirnencharakter der Zigeunerin zu sehr zu betonen, schuf sie doch eine raffige Carmen. Kleine gelangstechnische und darstellerische Mängel werden von der intelligenten Künstlerin sichtlich bald abgestellt werden. Herrn de Garmos kraftvoller Escamillo würde noch gewinnen, wenn er auch mimisch belebt würde. Die Micaela wurde von Fr. Jansen innig und annähernd gegeben. Das Schmugglerquartett hatte in den Herren Mahner und Schorn sowie den Damen Overhoff und Wolter gelanglich recht annehmbare Vertreter. Die Herren Fabian (Juniga) und Barth (Morales) vervollständigten das Ensemble in guter Weise. Die von Herrn Kapellmeister Pfeiffer sicher geleitete und von Herrn Beyer hübsch inszenierte Vorstellung fand beim zahlreichen Publikum eine sehr beifällige Aufnahme. P. L.

### Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 27. Oktober bis 3. November 1912:  
Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 8 Uhr: „Ein Sommernachtstraum“ von W. Shakespeare. Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Kammerängers Wilhelm Herold v. Nationaltheater in Kopenhagen: „Cavalleria rusticana“ von Mascagni und „Der Bajazzo“ von Leoncavallo. Montag, den 28. Oktober: „Der liebe Augustin“, Operette von Leo Fall. Dienstag, den 29. Oktober: „La Bohème“, Oper von Puccini. Mittwoch, den 30. Oktober: „Der lustige Krieg“, Operette von Johann Strauß. Donnerstag, den 31. Oktober: „Der liebe Augustin“, Operette von Leo Fall. Freitag, den 1. November: „Das weiße Land“, Tragikomödie von A. Schnitzler. Sonnabend, den 2. November: „Lohengrin“, Oper von Wagner. Sonntag, den 3. November, nachmittags 8 Uhr: zweite Volks-Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg.: „Flachsmann als Erzähler“, Komödie von Otto Ernst. Abends 7 1/2 Uhr: „Autoliebchen“, große Posse von Jean Gilbert.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Besonders günstiges Angebot

## in Damen- und Kinderhüten

Wir empfehlen als extra preiswert aus unserer denkbar größten Auswahl:

### Hutforme

allergrößter Auswahl, bekannt gute Formen

in Filz	4.95	3.95	2.45
in Sammet	6.75	5.45	3.50
in Plüsch	15.00	12.00	7.50
Gamins	4.95	3.95	2.95
Ia. Haar-Velour			3.95

### Hübsche einfach garn. Sporthüte

fesche Bretonneform mit Schnur	3.75
kleidsame Seppelform mit Sammet	4.25
Matrosenform	2.75

### Federn und Fantasies

Marabouts, weiß	1.75	95	65 <sup>⁄</sup>
Fasanengestecke	1.95	1.35	65 <sup>⁄</sup>
Flügel, alle Farben	1.95	1.25	75
Straußfedern, tief-schwarz			1.75 an

### Garnierte Hüte

in Hauptpreislagen  
zu Reklamepreisen

Große Filzform mit weißem Marabout	5.95
Fescher Sammethut mit Fantasiegesteck	7.00
Kleidsamer Frauenhut a. Sammet m. Flügel od. Fantasiegesteck	7.75
Preiswerter Sammethut mit 2 Straußfedern	8.50
Eleganter Sammethut m. 2 Straußfedern besserer Qualität	12.50

### Kinderhüte

Glocken- und Südwestform mit hübscher Bandgarnitur

	I	II	III
3 Serien	1.95	2.95	3.95

### Südwest

für Knaben und Mädchen  
in Stoff, Leder imit., Sammet

	2.45	1.65	1.25	95	45 <sup>⁄</sup>
Mützen in Wolle gestrickt	1.50	1.35	75 <sup>⁄</sup>		

Das Aufarbeiten der Hüte geschieht nach neuesten Modellen schnellstens, sauber und billig.

Königstraße 26  
Fernsprecher 293

# C. Badendiek

Sandstraße 28  
Fernsprecher 2171



Unsere direkten Importe neuester Ernte sind eingetroffen und vorzüglich ausgefallen

Ausgewählte Mischungen  
offen das Pfund von Mk. 1.60 bis 5.00  
auch in Paketen von 10 Pfg. und höher.

**Kaiser's Kaffee-Geschäft**  
G. m. b. H.  
Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb // Ueber 1000 Filialen.

## Visiten-Karten

empfiehlt Friedr. Meyer u. Co.



für jeden Stand für jedes Gewerbe.

Erprobt starke Stoffe. □ Beste Näharbeit. □ Billigste Preise.

Rote Lubecamarken oder 4 %.

4501

# Spille & v. Lühmann

Lübeck, Sandstrasse.

Größtes Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Garderobe.

Trinkt

1709) **Buntekuh-Kümmel**

Lohnfabrik-  
Brauerei Errückeb.

# Schul-schreibhefte

mit den neuen Linienarten sind zu beziehen durch die

**Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.**

## An die Parteigenossen in Preußen!

Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens findet am Montag, dem 6. Januar 1913 und folgende Tage im Saal IV des Berliner Gewerkschaftshauses, Berlin, Engel-Ufer 15, statt.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Referent Genosse Eugen Ernst.
2. Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Genosse Heinrich Ströbel.
3. Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen. Referent: Genosse Paul Hirsch.
4. Die Landarbeiterfrage in Preußen. Referent: Genosse Georg Schmidt, Berlin.
5. Die Sozialpolitik im preußischen Landtage. Referent: Genosse Robert Leinert.
6. Beratung der eingegangenen Anträge.

Für die Beschickung des Parteitages gelten folgende Bestimmungen des Statuts:

Zur Teilnahme an dem Parteitag sind berechtigt:

- a) Die Delegierten der Wahlkreise. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte. Die Verteilung richtet sich nach der vom deutschen Parteivorstand auf Grund der abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
- b) Die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Preußens.
- c) Die Landeskommission und der geschäftsführende Ausschuss.
- d) Der Parteivorstand.

Alle Anträge sind spätestens bis

Montag, den 16. Dezember 1912

an

Eugen Ernst,

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3,

anzusenden.

Die Namen der gewählten Delegierten bitten wir möglichst frühzeitig an

Theodor Fischer,

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,

anzusenden, damit ihnen die Vorlagen und das sonstige Material vor dem Parteitag zugesandt werden können.

An diese Adresse sind auch alle Wünsche, welche das Lokalkomitee betreffen, zu richten.

Die Mandatsformulare werden den Bezirkssekretären rechtzeitig zugesandt.

Mit Parteigrüß!

Die Parteileitung Preußens.

## Die Teuerung.

Von Danzig aus wurde eines Tages die Nachricht in die Welt gesetzt, die nach Rußland entsandte Kommission zwecks Einkaufs russischen Fleisches sei ergebnislos zurückgekehrt, weil sie billiges Fleisch nicht hätte aufreiben können. Inzwischen ist die Ursache dieser vergeblichen Reise aufgeklärt; die Fleischerinnung hat nämlich strikte abgelehnt, den Verkauf russischen Fleisches zu übernehmen, und die Kommission, die von der Stadt nach Rußland gesandt wurde, bestand aus dem Obermeister der Fleischerinnung und dem Schlachthofdirektor. Dieser ist ein Herr mit einer konservativ-agrarisch gerichteten Anschauung, der meint, es sei gar nicht so schlimm mit der Fleishteuerung, und die Schuld habe im wesentlichen die — Presse. Der Obermeister der Innung hat, als die Maßnahmen der Regierung zur Linderung der Fleischnot bekannt wurden, in der Fleischerzeitung erklärt, daß er „nie und auch nicht zeitweise“ für eine Einfuhr von geschlachtetem Vieh für den Osten des Reiches zu haben sei. Und Leute mit solchen Anschauungen, die allgemein bekannt waren und auch dem Magistrat nicht verborgen sein konnten, wurden mit dem Aufkauf von ausländischem Fleisch betraut.

Die Kölner Schlachtermeister haben ihren Boykott gegenüber dem von der Stadt bezogenen Fleisch aufgegeben, nachdem die Stadt das eingeführte dänische, von den Metzgern nicht abgeholte Fleisch auf der städtischen Freibank jeilieten ließ und nachdem unser Kölner Parteiorgan forderte, daß die Stadt in allen Stadtvierteln und Vororten eigene Verkaufsstellen errichte. Die Metzgerinnung beschloß darauf, sowohl das aus Dänemark bezogene Fleisch, als auch das Fleisch von den von der Stadt wöchentlich aus Holland zu beziehenden hundert Stück lebenden Rindern zu verkaufen.

Mehr als 4000 Frauen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises hatten sich Donnerstagabend in Kellers Festsaal versammelt. Hunderte konnten keinen Einlaß finden, da der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt wurde. Die Stadtverordneten Genossen Dr. A. Bernstein und Adolf Hoffmann sprachen über den städtischen Fleischverkauf. Die Referenten wiesen die Behauptungen der Fleischermeister zurück, daß das von der Stadt eingeführte Fleisch minderwertig sei. Bis Donnerstag nachmittag sei nicht ein einziges Viertel zurückgewiesen worden. Das Vorgehen der Fleischermeister, die sich weigerten, das eingeführte Fleisch zu verkaufen, wurde scharf verurteilt. — Kein Fleischermeister nahm aber zur Rechtfertigung das Wort.

Da der Bezug schwedischer Ochsen sich nicht bewährte, führt die Stadtverwaltung von Hannover jetzt holländische Rinder ein. Außerdem ist erstmalig die Einfuhr von 100 holländischen Schweinen in geschlachtetem Zustande in die Wege geleitet worden. Der Verkauf des Fleisches erfolgt durch eine von der Schlachtermeinung bestellte Anzahl Schlachter. — Am Donnerstag beschlossen die städtischen Kollegien, der Stadtverwaltung weiter einen Kredit von 50 000 Mk. zum Bezuge australischen Fleisches zur Verfügung zu stellen. Bitter geklagt wurde darüber, daß die Regierung die Maßnahmen der Städte in völlig ungenügender Weise unterstütze. Der Stadtdirektor (Oberbürgermeister) Tram meinte, die Viehbestände in den einzelnen Ländern, die auf die Ausfuhr in solchem Umfange plötzlich nicht vor-

bereitet seien, würden bald aufgekauft sein. Und da die Maßnahmen der Regierung nur als vorübergehende gedacht seien, so sei es nicht möglich, dauernde Verträge mit Händlern, Züchtern usw. abzuschließen. Notwendig sei zwar eine gesunde Bauernpolitik, aber die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der das auswärtige Fleisch so gut wie absperre, sei notwendig; ebenso die Beschränkung der großen Güter und Fideikomisse. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß die Fleischpreise so bemessen seien, daß den Massen die Befriedigung ihres Fleischbedürfnisses gewährleistet sei.

Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau genehmigte am Donnerstag den Vorschlag der Teuerungskommission, wöchentlich etwa 50 000 Kilogramm Fleisch aus Rußland zu beziehen. Es wurden 70 000 Mk. Kredit bewilligt. Der neue Bürgermeister Matting betonte, daß die Maßnahme nur Erfolg haben könne, wenn sie nicht nur provisorisch, sondern für dauernd durchgeführt werden könne. Freilich müsse dazu der § 12 des Fleischbeschaugesetzes aufgehoben werden. Nicht geringes Aufsehen erregte es, als ein konservativer Stadtverordneter John ausdrücklich konstatierte: „Wir haben zu wenig Vieh. Schuld daran ist die Rückständigkeit des Großgrundbesitzes und seine Bauernlegerei. Für die Landwirtschaft sei von Staatswegen gerade genug getan worden.“ Agrarale und konservative Redner bemühten sich vergebens, den Eindruck dieses Eingeständnisses zu verwischen.

## Affentheater oder Weltgeschichte?

Nachdem die zünftigen Diplomaten von Rußland, England, Frankreich, Deutschland und Oesterreich-Ungarn eifrig Hunderte von Millionen ernste Staatsbürger wochenlang zum Narren gehalten haben, ist jetzt gut eine Woche vergangen, seitdem die Kriegserklärungen der unterschiedlichen Balkanmächte gegen die Türkei und umgekehrt erfolgten. Aber die ersten Kriegsergebnisse sind einstweilen beinahe die üble Arbeit der schmutzigen Hände jener Großmächte vergessen worden, die das gegenseitige Totschlagen der Balkanvölker nur als Mittel zum Zweck benutzen wollten. Das am stärksten in der ganzen Kulturwelt bemerkbare Moment des Balkankrieges ist ein Gefühl, welches sich einmal in den geflügelten Worten ausdrücken wird: Er liegt wie ein Balkanfeldmarschall.

Der Kriegskalender sieht wirklich danach aus!

16. Oktober: Die Montenegriner eroberten die letzte Befestigung zwischen Tuzi und Skutari.

16. Oktober: Den türkischen Truppen gelang es, die gegen Skutari vordringenden Montenegriner bei Tuzi zu schlagen.

17. Oktober: Die Türken kämpfen und siegen gegen die Serben bei Brepolac.

17. Oktober: Die Serben kämpfen und siegen bei Brepolac.

17. Oktober: Die Türken erringen bei Podgoriza einen großen Sieg und erbeuten viele Geiseln.

17. Oktober: Montenegrinische Meldung aus Podgoriza: Wir erbeuteten die Stadt Berane, 14 türkische Kanonen und für zwei Monate Proviant.

18. Oktober: Die Griechen erkämpften sich den Übertritt in die Türkei, die Serben ebenfalls, die Bulgaren siegen bei Palanka, die Montenegriner wollen die

## Booby-Island.

Australische Skizze von Friedrich Gerstäder.

Wenn der Leser die Karte von Australien in die Hand nimmt, so sieht er, daß im Norden dieses Weltteils, zwischen Australien und der großen Insel Neu-Guinea, eine schmale Meerenge hindurchführt, die noch außerdem mit zahlreichen Punkten — nichts als felsartige Klippen — geprenkelt erscheint. In der Tat füllt eine Menge von Korallenriffen und Sandinseln diesen schmalen Meeresarm aus, und nur einzelne Passagen mit kaum fünf oder sechs Faden tiefem Fahrwasser ziehen sich hindurch und rufen von den Schiffen vorgeliegt eingehalten werden. Da dies aber, wenn sie aus dem Stillen in den indischen Ozean wollen, durch die Meerenge ein tüchtig Stück Weg abschneiden, so benutzen sie doch häufig den Weg, und bei ruhigem Wetter und einiger Vorsicht ist auch eben nicht viel Gefahr dabei.

Anders stellt sich freilich die Sache, wenn gerade an der Einfahrt, besonders von Osten her, wo die Passage nicht so leicht zu finden ist, stürmisches Wetter einsetzt. Manches arme Schiff ist dann schon an jenen sogenannten barrier-reefs (Riffbarriere) gescheitert, und die Mannschaft hat sich, wenn es nicht gar an einer zu bösen Stelle strandete, in ihren Booten retten müssen.

Einmal erst in der Meerenge — welche die Torresstraße genannt wird — und die Boote haben auch in der Tat nichts mehr von den selbst stürmischen Wogen des Ozeans zu fürchten, da diese Korallenriffe die schwere Dämmung vollständig abhalten. Sie befinden sich in der Meerenge selber in ruhigem, klarem Wasser, und eine Menge Inseln liegen dort überall, auf denen sie selbst landen können. Freilich bieten diese Inseln auch gar nichts weiter als eben Land, und nur einige er größten haben dürftige Quellen. Zu gewissen Jahreszeiten wachsen aber auch auf den meisten sehr delikate, dattelartige Früchte, die wie unsere deutschen Pflaumen aussehen, und mit denen und den zahlreichen Fischen im reichsten Wasser könnten sich Schiffbrüchige eine Zeitlang das Leben leisten.

Stranden sie freilich zu einer Zeit, wo diese Früchte nicht reif sind, und haben sie — wenn sie rasch von Bord flüchten könnten — keine Gewehr bei sich, um von den dort häufig vorkommenden Tauben zu erlegen, so sind sie sehr übel daran, und ihre einzige Aussicht bleibt, „Booby-Island“ so bald wie möglich zu erreichen.

Alle diese Inseln — selbst Mount Adolphus, die größte von ihnen mit mächtigen Hügelrücken, sind unbewohnt, und nur in gewissen Zeiten kommen einzelne australische Familien der Stämme vom Kontinent herüber, um hier zu fischen.

Selbst aus dem ostindischen Archipel, von Timor-laut und anderen kleinen Inseln segeln mit dem günstigen Monsun (temporären Wind) die Malaien herüber, um hier dem Fischfang obzuliegen, und kehren erst, wenn diese regelmäßig fünf Monate wehende Luftströmung nach der entgegengesetzten Himmelsrichtung umsprünkt, in ihre Heimat zurück.

Die ganze Torresstraße ist derart mit kleinen Inseln angefüllt, und die westliche davon, die schon eine ziemliche Strecke draußen im Indischen Ozean und von sehr tiefem Wasser umgeben liegt, ist Booby-Island, nach den von den Engländern boobies genannten großen Seemöven so getauft.

Sie besteht allerdings nur aus kahlem Felsgestein, mit immergrünen Rankgewächsen überwuchert, zwischen denen nur einige niedere, kaum sechs Fuß hohe Büsche hervorragen. Kein Baum gibt dort Schutz gegen die brennenden Strahlen der Sonne, keine Quelle entspringt dem dürren Boden, keine Frucht wächst darauf, kein Fischfang ist selbst in dem tiefen Wasser möglich, und da die Insel noch dazu weit ab vom festen Lande und den übrigen Inselgruppen liegt, so fanden weder australische Eingeborene noch die in der Nähe vorbeifahrenden Malaien je eine Veranlassung, dort zu landen und den Platz näher zu untersuchen.

Englische Seefahrer hatten das aber schon längst getan und eine besondere Eigentümlichkeit dieses kleinen Eilands entdeckt, nämlich eine tief in den Fels hineingehende, sehr geräumige Höhle, die aber durch vorspringende Felsen ziemlich versteckt lag. Längst schon hatte man dabei das Bedürfnis gefühlt, in einer Gegend, wo Schiffbrüchige gar nicht zu den Seltenheiten gehörten und wenigstens kein Jahr verging, daß nicht ein oder das andere Fahrzeug auf oder zwischen den Korallen scheiterte, irgendwo ein Depot anzulegen, in welchem die gerettete Mannschaft Wasser und Proviant finden konnte.

Dazu erwies sich eben dies Booby-Island ganz vortrefflich, und die praktischen Engländer ergriffen den hier gebotenen Vorteil auch ohne weiteres. In den englischen Zeitungen wurde bekannt gegeben, daß jene Insel für diesen Zweck benutzt werden solle, und dieselbe dem Schutz und der Pflege englischer Seeleute empfohlen. Vorbeiliegende Schiffe legten dann dort bei und schafften Wasser mit Wasser und Schiffszwieback, gefrorenes Fleisch, trockenes Obst und verschriebene andere Lebensmittel in die Höhle. Selbst eine kleine Anzahl Flaschen spirituöser Getränke wurde nicht vergessen, wie etwas Tabak für schiffbrüchige Seeleute. Oben auf dem Felsen besetzte man dann noch eine kleine Flagge und etablierte eine „Postoffice“ — freilich ohne irgend einen Beamten oder Aufseher.

Es stand dort oben nämlich ein nur durch ein einfaches Bretterdach gegen den Regen geschützter Kasten, eine der gewöhnlichen starken und angefrachten Seelisten, wie sie Matrosen statt Koffer gebrauchen. Darinnen lag etwas Papier, Bleistifte, Oblaten, Kuverts usw., und ein Schild daneben deklarierte den Platz als „Postoffice“, und deutete an, daß an der Süd-Ostseite der Insel in einer Höhle Proviant läge — falls dort landende Schiffbrüchige sie nicht schon vorher gefunden hätten.

Fahrzeuge, welche die Torresstraße, von Osten kommend, passierten hatten, legten nur hier bei, landeten ein Boot an Land und hinterließen in diesem merkwürdigen Postbureau Namen und Zeit ihrer Durchfahrt, und das nächste nach Sidney durchgehende Schiff fand dann den Brief, nahm ihn mit und brachte dadurch die Nachricht nach dem Port viel rascher, als dies auf andere Weise möglich gewesen wäre.

So bestand diese Einrichtung viele lange Jahre, und noch im Jahre 1858 hatte kein australischer Wilder den Platz betreten oder, wenn so, die ziemlich versteckte Höhle entdeckt. Der dort eingelagerte Proviant blieb wenigstens unberührt, und wenn auch einzelne der dort aufgehäuften Sachen, z. B. manche Fässer mit gepökeltem Fleisch in dem heißen Klima verdarben, so wurden sie doch immer wieder von Zeit zu Zeit durch andere frische ersetzt, und manche Bootsmannschaft, die sich bis hierher getretet, legnete die maderen Geber, die mitten im Ozean einen Tisch für sie gedeckt und ihren Hunger und Durst in einer Wüste gestillt hatten.

Es war im November des Jahres 1859, daß zuerst ein Kanoe der Australier dorthin, vielleicht auf einer Entdeckungsexpedition, kam. Möglich, daß sie untersuchen wollten, ob dies kleine Eiland doch vielleicht irgend eine Art Frucht trage, denn auf den anderen Inseln waren die Früchte in dem Jahr nicht geraten, möglich, daß sie nur Mövenetter sammeln oder den Versuch machen wollten, in der dortigen Gegend zu fischen, kurz, sie landeten, und ein englisches, gerade vorbeikomendes Fahrzeug sah die dunklen Gestalten oben auf dem kahlen Felsen, als es auch näher heranhielt, eilen seiner kleinen Böller löste und zwei Boote absandte, um die Wilden zu verreiben. Es bedurfte aber der Boote nicht einmal; schon bei dem abgefeuerten Schuß hatten sich die erschrockenen Eingeborenen Hals über Kopf den Felsen hinuntergeworfen, sprangen in ihr Kanoe und ruderten in wilder Hast dem Festlande zu. Die Boote folgten ihnen wohl noch eine Strecke, aber das Kanoe konnten sie nicht einholen; wie ein Pfeil glitt es übers Wasser, und da sie sich auch nicht weit von ihrem Schiff entfernen durften, kehrten sie auf die Insel zurück, um zu untersuchen, ob die schwarze, diebische Bande dort Schaden angerichtet habe.

Türken auf das Haupt schlagen, diese siegen bei Kranja, Podujevo und Bregopol.

19. Oktober: Die Bulgaren und die Montenegroer siegen gegen die Türkei, diese siegt östlich von Adrianopel gegen die Bulgaren, erkämpften sich das bulgarische Kurschumlije und schlugen die Montenegroer bei Mojkovac. Die Griechen siegten bei Clajsona glänzend gegen die Türken.

20. Oktober: Alle siegen!

21. Oktober: Otto! Die Türken erobern 50 serbische Geschütze, die Serben erringen die türkischen Grenzbataillone zwischen Rittomatich und Vuianowice.

22. Oktober: Die Türken siegen auf dem östlichen Kriegsschauplatz, die Serben siegen auf dem nordwestlichen, Nikita, der Unbesiegbare läßt amtlich melden, daß er bei Podgoriza gesiegt habe. 6000 Türken seien in Montenegro kriegsgefangen.

23. Oktober: Die Schlacht an der Tundja ist eben beendet, die Bulgaren verkünden, daß sie die Türken aufs Haupt, die Türken versichern, daß sie Tausende von Bulgaren totgeschlagen.

23. Oktober: Die Montenegroer siegen vor Skutari, die Serben vor Rumanowo.

23. Oktober: Die Türken siegen überall.

Am 24. Oktober siegen wieder alle fünf Balkanmächte um, um, um. Inzwischen werden täglich Menschen erschossen, erstickt und in die Luft gesprengt, die Lieferanten vom Kriegsmaterial machen glänzende Geschäfte, denn sie lassen sich vorher bezahlen und die Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts ist wieder einmal mit Fußtritten traktiert.

## Über die Rolle der österreichischen Diplomatie

In den Balkanwirren schreibt der rumänische Gesandte Dr. Rafovsky dem ungarischen Parteiblatt „Mepsava“ einen längeren Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Meiner Meinung nach spielt die österreichische Diplomatie da die größte Rolle, das heißt: sie allein ist verantwortlich für den gegenwärtigen Krieg. Man kann ruhig behaupten, daß in den letzten Jahren Oesterreich in den Balkanfragen ein viel gefährlicherer Faktor war als Rußland.

Wahr ist es, daß die Allianz der Balkanstaaten ausschließlich das Werk Rußlands ist, welches diese Allianz auch weiter unter der Hand unterstützen wird mit Geld, mit Waffen, mit allem, was dieselben benötigen werden. Jedoch ist es interessant, zu wissen, daß diese Allianz eine andere nach sich zog: Die Allianz Oesterreichs mit Bulgarien.

Vor noch kaum drei Wochen, bei meiner Anwesenheit in Konstantinopel, hörte ich von autorisierter Seite, daß die amtlichen türkischen Kreise Oesterreich verdächtigen, hinter den Balkanstaaten zu stehen. Die Okkupation und spätere Annektion Bosniens und der Herzegowina waren der erste Akt des Dramas, dessen letzter Akt die Eroberung Albanien und Makedoniens und die Annektion Salonikis sein soll.

Die österreichische Politik sieht in Bulgarien den Bundesgenossen, gedenkt gemeinsame Sache mit Serbien zu machen.

Diese Gemeinsamkeit datiert, soweit es Makedonien betrifft, seit dem ersten Aufstand der Makedonier im Jahre 1896. Heute ist es über alle Zweifel erwießen, daß eine vertrauliche Verbindung zwischen einigen albanischen Führern und den Agenten der österreichischen Diplomatie bestand, ebenso auch, daß später die albanischen Hauptlinge mit Wien in Verbindung standen. So wußte man auch in Bulgarien, daß der berühmte Bandenführer der Makedonier, Sarajoz, das österreichische Gold nicht verschmähte und freien Zutritt beim Minister des Äußeren in Wien hatte.

Oesterreich unterstützte die Forderungen Bulgariens in der Türkei, während Rußland die Forderungen Serbiens befürwortete. Die bulgarischen Nationalisten

sahen bald ein, daß der Vertrag von San Stefano für sie nur Utopie bleibe, daß sie eine praktische Politik verfolgen müssen: Die Aufklärung des türkischen Gebietes mit österreichischer Hilfe.

Im Jahre 1908 begann das Zusammenwirken Bulgariens mit Oesterreich. Die Unabhängigkeit Bulgariens und die Annektion Bosniens geschahen zu gleicher Zeit. Und die Freundschaft Oesterreichs zu Bulgarien nahm dann später feste Form an, so daß man bald im ganzen Orient in dem König Ferdinand nichts anderes sah, als den österreichischen Vertreter in Bulgarien. Zum Beweise hierfür sei folgendes erwähnt: Das bulgarische Parteiorgan, der Napred, begann einen Kampf, um in einen geheimen Vertrag einzubringen, der im Jahre 1902 zwischen Bulgarien und Rußland zustande kam. Um Gewißheit über die Vereinbarungen zu schaffen, wurden die früheren bulgarischen Minister befragt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Safasoff trat auch mit dem Führer der Stambulov-Partei, Ghenadieff in Verbindung, der den geheimen Vertrag nicht in Abrede stellte, jedoch behauptete, daß dies ein toter Vertrag sei, gleichzeitig aber hervorhob, daß Artikel 17 des San-Stefano-Vertrages in der Hoffnung eines gemeinsamen Vorgehens mit Oesterreich abgeändert worden sei. Das Bündnis sei bereits fertig und bedürfe nur der Unterschrift.

Meine Meinung über den Vorschlag des Grafen Berchtold ist folgende: Das Ziel seines Planes ist die Erhaltung der albanesischen Aktion. Die österreichische Diplomatie hat die Idee eines „Großalbanien“ erdacht, durchkreuzt damit die Hoffnungen der Serben, Bulgaren und Griechen. Dieser Umstand hat sehr viel beigetragen zur Allianzschließung der Balkanvölker. Andererseits war der Berchtoldsche Vorschlag der erste feindselige Schritt gegen die Türkei.

Aber die österreichische Diplomatie hat sich selbst ihre Grube gegraben. Nachdem sie sieht, daß sie nicht auf ihre Rechnung kommt, setzt sie sich für die Unannehmlichkeit des türkischen Befehls ein. Der Fuchs, dem die Traube zu sauer find!

## Soziales.

Bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung in Charlottenburg erhielt die Liste der Freien Vereinigung 1207 gleich 50,6 Prozent, Verband für weibliche Angestellte 274, Verein der deutschen Kaufleute und Hilfsverein 211, Deutschnationale 156, Leipziger 142, Techniker (gelb) 142, Verband der 58er 138, Katholiken 21, Siemens & Halske 58, Versicherungsbeamte 36. Von den wählenden fünf Vertrauensmännern entfielen auf die Liste der Freien Vereinigung drei Vertrauensmänner und vier Ersatzmänner.

Mangel an Seeleuten in Dänemark. Im vergangenen Sommer haben die norwegischen Matrosen und Heizer mit ihren Reedereien einen neuen Tarif vereinbart. Der ihnen eine monatliche Feuer von 72 bis 75 Kronen zusichert. Infolgedessen hat seit dieser Zeit eine so bedeutende Flucht junger dänischer Seeleute auf norwegische Schiffe stattgefunden, daß die dänische Schifffahrt darunter zu leiden begonnen hat, indem nicht genug Besatzung vorhanden war, um einzelne Schiffe vollständig zu bemannen, weshalb es öfter vorkommt, daß diese Schiffe nicht ausfahren können. In seiner letzten Nummer hat das Mitteilungsblatt des dänischen Schiffsführervereins auf diese Tatsache aufmerksam gemacht und die Reeder aufgefordert, den Monatslohn der Matrosen und Heizer, der jetzt 62,50 Kronen beträgt, so zu erhöhen, daß die dänischen Seeleute wieder auf einheimischen Schiffen Dienste tun. Auch die angehenden Seeleute auf dem dänischen Handelschiff lassen sich nach beendeter Lehrzeit meistens auf ausländischen Schiffen anwerben. So sind in den letzten Jahren nicht weniger als 543 vom Schiffsdienst entlassene Seeleute in fremde Dienste getreten, so daß gegenwärtig ein Mangel an Besatzung auf dänischen Schiffen, besonders auf Segelschiffen, besteht. Unter den obwaltenden Umständen werden die dänischen Reeder wohl nicht umhin können, in den lauren Äpfel zu beißen und die Löhne der Seeleute zu erhöhen. Im Frühjahr 1911 haben sie mit Nach und Nach und nach langen Verhandlungen die Löhne um eine Kleinigkeit erhöht; wie unzureichend diese Erhöhung war, müssen sie jetzt selbst erfahren.

über. Nach seiner mittags genommenen Observation mußte er sich etwa auf der Höhe der Einfahrt oder wenigstens dicht davor befinden, und um nicht durch das Wetter zu weit nach Norden aufgetrieben zu werden, hielt er ein wenig von den Korallenriffen ab und legte dann bei, denn zum Anker ist die See dort viel zu tief.

Nicht lange dauerte es, so legte der Sturm über das Meer, wühlte die Wogen auf und jagte die Kämme derselben wie dünner Kaiserstaub über die tosende Fläche. Blitze zuckten dabei, der Donner grollte, und es wurde eine bitterböse Nacht, so daß das kleine, außerdem leicht geladene Fahrzeug, nur vor seinem Fortstößenlageliegend, kaum die Rufe der immer wilderen Sturzwirbeln entgegenhalten konnte. Gegen Mitternacht drehte sich der Wind nach Südost und dann fast nach Ost herum, und der Steuermann rief jetzt, erplich abzuwachen, um lieber aus ihrem Kurs zu treiben, als der dringenden Gefahr ausgekehrt zu sein, an die Riffe geworfen zu werden; der Kapitän frähte sich dagegen, und da er selber von zwölf bis vier Uhr die Nacht hatte, bedeutete er seinem Offizier, er würde sehen, wie sich das Wetter mache, und wenn es noch eine Stunde so anhalte, die Kanarienvogel an Deck ruhen zu lassen.

Der Sturm ließ in dieser Zeit allerdings etwas nach, und der Himmel zeigte schon an einigen Punkten wieder Sterne, aber der Wogengang hatte sich indessen auch geändert und drängte das kleine, tanzende Fahrzeug mehr und mehr nach See herüber und den gefährlichen Riffbarrieren zu.

Gegen zwei Uhr sprang der Steuermann an Deck; er hatte nicht schlafen können und das Toben der gar nicht mehr so fernem Brandung unten in seiner sogar vom Lande abliegenden Kajüte gehört.

Kapitän, um Gottes willen, ich glaube, wir treiben auf die Riffe!

Nein, nein, Mr. Brown, aber ich denke selber, daß es Zeit wird, abzuwachen; der Wind hat etwas nachgelassen, und wir dürfen ein wenig Leinwand zeigen. Rufen Sie Ihre Rache an Deck!

Die Wache kam, schlaftrunken nach der kurzen Nacht, langsam herangefleutert; der Bug fuhr, dem Steuer rasch gehorchend, herum, und die Leute hingen eben an den Fallten, um die Gänge des kühneren Schonerregels anzuhaken, als es von Osten her mit erregter Wut über die See brach.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus dem Gerichtssaal.

Milchfälscher. Das Schöffengericht in Jena verurteilte den Milchhändler Otto Kellner, der Milch bis zu neunzig Prozent mit Wasser verdünnte, zu sechs Wochen Gefängnis. Der Verurteilte wurde sofort verhaftet.

Ungehobenes Strafurteil. Die Bochumer Strafkammer kam am Mittwoch wieder in die Lage, ein Strafurteil aufzuheben. Diesmal im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens. Ein Bergarbeiter war von der Bochumer Strafkammer zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er bei einem Zusammenstoß, der sich an der Zeche „Engelsburg“ bei Bochum zwischen Polizei und der Menoe ereignete, aufgefordert haben sollte, auf die Polizei mit Steinen zu werfen. In der erneuten Verhandlung, die auf Anordnung des Oberlandesgerichts Hamm anberaumt worden war, wurde der Mann freigesprochen, da die Wiederaufnahme ergab, daß eine Personalverwechslung vorliegen müsse.

Das Urteil im Newyorker Polizeimord. Polizeileutnant Becker ist vom Schwurgericht des Morde an dem Spieler Rosenthal schuldig befunden worden.

## Aus Nah und Fern.

Eine Annahmsbank pleite? Aus Magdeburg wird dem „B. Z.“ berichtet: Die Annahmsbank hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Handwerkerkammer hatte ihr Vermögen in Höhe von 35 000 Mk. bei der genannten Bank deponiert.

Au das Kaiserwort von der „gesicherten Existenz“ erinnert wieder einmal die Verzweiflungstat eines Invaliden. In Breslau, wo am 5. Dezember 1902 das Wort von der „gesicherten Existenz“ des Arbeiters bis ins hohe Alter hinein gefallen ist, hat sich der Invalid Klein in seiner Wohnung erhängt. Klein war seit längerer Zeit krank. Seine Knappschaftsrente von monatlich 5,40 Mk. reichte natürlich weder hin noch her, so daß seine Frau in einer Zigelei Arbeit nehmen mußte, wodurch sie wöchentlich 7 bis 8 Mk. verdiente. Auch das reichte zum Unterhalt der aus sechs Köpfen bestehenden Familie bei weitem nicht aus. Die größte Not herrschte daher im Hause. Nun hatte Klein seine letzte Hoffnung auf die Reichsinvalidenrente gesetzt. Undere so viel gepriesene Sozialversicherung sollte sich aber wieder einmal in ihrem ganzen Glanze zeigen. Klein erhielt von dem zuständigen Knappschaftsarzte den Bescheid, daß er keine Aussicht habe, die Reichsinvalidenrente zu erlangen, er solle nur wieder arbeiten gehen! Das gab dem Manne den Rest, um so mehr, da er Familienzwang zu erwarten hatte, der das Geld noch größer machen muß. Er machte seinem Leben freiwillig ein Ende. So treibt unsere herrliche „göttliche Weltordnung“ die Arbeiter, für die angeblich in ihren alten und kranken Tagen gesorgt ist, in den Tod. Wer sich aber solchen Zuständen widersetzt und für eine Besserung eintritt, ist ein gewissenloser „Dege“!

Der Pleitegeier. Nachdem Donnerstag das Bankhaus Weiß in Reichenbach u. S. w. die eidliche seine Zahlungen eingestellt hat, mußte gestern das Bankhaus F. v. Einem in Schweidnitz erklären, daß seine Zahlungsmittel erschöpft seien und daß mit den Zahlungen frühestens heute früh fortgefahren werden könne.

Fliegerabsturz. Aus Paris wird berichtet: Donnerstag abend stürzte der auf dem Flugfelde aufgestiegene Flieger Franc Bourin mitten über der Stadt Corneil ab. Er hat lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Schiffsunfall. Aus Kallundborg wird gemeldet: Donnerstag nachmittag ist der große eiserne deutsche Schoner „Wohlfahrt“, Kapitän Schooner, aus Fische bei Venæs Rynnten gestrandet. Die aus 1900 Tonnen Mais bestehende Ladung war nach Nyköbing (Seeland) bestimmt. Die vier Mann starke Besatzung wurde aus Land gerettet. Ein zu Hilfe gerufener Rettungsdampfer kam bei der Landungsstelle an. Der Schoner war aber abgetrieben. Das Wrack ist noch nicht gefunden worden.

Verhaftete Schwindler. Die Pariser Polizei verhaftete vier Russen, Poljakow, Wernisch, Kuppe und Hochberg, die in Deutschland, Schweiz, Italien und Spanien zahlreichen Leuten beträchtliche Summen unter der Vorspiegelung entlockt hatten, daß sie mittels elektrischen Verfahrens Banknoten vervielfältigen könnten. — In Rom wurden am 22. d. zwei Individuen verhaftet, die seit mehreren Jahren eine sogen. Spardank gegründet hatten, die sich das Begannern der kleinen Leute angelegen sein ließ. Die angebliche Bank gab auf Abzahlung Konsole der dreiprozentigen italienischen Rente. Um Dumme einzufangen, hatte sie Reisende, besonders Damen, in ganz Italien, für die Anziehung gab man den Kunden Quittungen, aber sie haben nie ein Blatt italienischer Staatsrente zu sehen bekommen. Allein in Sardinien sind über 5000 Menschen den Gaunern auf den Leim gegangen. Bei der Hausdurchsuchung fand man die Kasse leer und zahllose Verträge, die alle ohne Stempelmarken unterzeichnet waren. Allein an Gehührenterziehung konnten 50 000 Lire festgesetzt werden. Es ist toll, daß die Bank jahrelang ihr unheilvolles Wesen treiben konnte, ohne daß die Behörden, die sonst ihre Nasen in alles stecken, sich jemals um sie gekümmert hätten.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Zum Genossenschaftskonflikt in Cutin.

In Nr. 248 schreibt unter „m. Genossenschaftliche Eigenbrötlei in Cutin“ ein Genossenschaftler, wahrscheinlich aus Lübeck, allerlei Nichtiges und Unrichtiges. Nichtig ist, daß die Verkaufsstelle seit dem Hiersein des Lagerhalters Borchert sich einer stetigen guten Entwicklung erfreute; schrieb doch selbst der Vorstand im Jahresbericht des 5. Geschäftsjahres auf Seite 3, daß Cutin einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen hatte, der aber voll wieder eingeholt wurde, in Cutin ganz besonders, nachdem ein Lagerhalterwechsel stattgefunden hatte. Nun schreibt m. weiter, daß sich im Laufe der Jahre mancher Konflikt zwischen dem Lagerhalter und der Verwaltung des Vereins herausgebildet hat. Die Verwaltung ist doch der Vorstand und Aufsichtsrat. Doch der Aufsichtsrat es in der nächsten Generalversammlung bezeugen wird, daß ein Konflikt zwischen der Verwaltung und m. bestanden hat, ist aber nicht zu erwarten; denn Aufsichtsratsmitglieder haben doch selbst in einer am 4. September in Lübeck stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung erklärt, sie sehen den Lagerhalter Borchert heute erst zum ersten Mal. Auch war mein Verkehr mit allen Genossenschaftlern ein freundschaftlicher. Also kann doch von Konflikten mit der Verwaltung gar keine Rede sein. Nicht ich habe einseitig gehandelt, wie mir m. zum Vorwurf macht, sondern m. selbst, der die ganze Geschichte nur durch Vortragen kennt und nun der großen Öffentlichkeit alles einseitig und nicht wahrheitsgemäß unterbreitet. Richtig ist, daß ich Konflikte mit dem Geschäftsführer Henze sowie mit dem Kassierer Jaedat hatte. Aber mit weiter keinem. Wenn nun die beiden Genossen die

Verwaltung vorzulegen, nun ja, dann erst haben Sie recht, Herr m. Und wenn Sie nun wünschen, die Konflikte genau zu erfahren, den Anfang und Ende, so bin ich bereit die Sache öffentlich auszutragen; sehen Sie eine zeitlich günstig gelegene Versammlung aller Mitglieder an und ich stehe Ihnen Rede und Antwort. Auf die vom Genossen Rasch vertretene Ansicht, daß ich den mit durch meinen Anstellungsvertrag gebotenen Zustanzweg nicht innegehalten habe, erwidere ich, daß ich die Angelegenheit meiner Organisation, die mir über allem steht, übergeben habe. Auch das ist unrichtig, daß ich das von der Verwaltung an mich gerichtete Schreiben keiner Antwort gewürdigt habe. Ich habe das Schreiben sofort meiner in Lübeck tagenden Verbandsversammlung in Gegenwart des Verbandsvorsitzenden Dähnel-Weipzig vorgelegt und gefragt, welche Stellung ich dazu einnehmen solle. Da wurde die Meinung vertreten, daß ich persönlich keine

Ankwort zu geben hätte, weil der Verband die Sache in Händen nehme. Das, Genosse Rasch, hätten Sie nicht verschweigen dürfen. Ich habe Zeugnisse in Händen, daß ich seit meiner frühen Jugend opferwillig und eifrig der Arbeiterbewegung gebient habe. Nur die persönlichen Differenzen mit den Genossen Jaedst und Henze dürften doch nicht Veranlassung sein, mich öffentlich anzugreifen. Man hat mir geüßigt, obwohl ich nach dem ausgestellten Zeugnis als Lagerhalter zufriedenstellend tätig war und obwohl der Geschäftsführer Henze am 1. September in öffentlicher Versammlung erklärte, einen besseren Lagerhalter wie Borchert wünschsten sie gar nicht. Nachdem nun die große Öffentlichkeit die Sache diskutiert, auch die in andern Städten und Orten mich gut kennenden Genossen davon erfahren haben, sehe auch ich mich veranlaßt, die Anschuldigungen, die mir durch den Geschäftsführer Henze gemacht worden sind, zu erläutern und hoffe ich,

daß die nächste Generalversammlung vorurteilslos die Sache prüft. Für mich war die Sache entschieden, wie in der am 4. September in Lübeck tagenden Verbandsversammlung der Kassierer Jaedst erklärte: „Wenn Borchert Lagerhalter bleibt, kann ich kein Kassierer bleiben!“ Da hatten wir es, und als dieser Ausspruch in Cutin berichtet wurde, schlug er dem Jaß den Boden aus, da war eine Verständigung und Schlichtung doch auf Grund solchen Ausspruches gänzlich ausgeschlossen. Denn hätte die Verwaltung eingelenkt, so hätte doch Jaedst gehen müssen. Ich appelliere an die objektive Beurteilung der Angelegenheit durch die organisierte Arbeiterschaft.  
 Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
 Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gesucht zum 1. November:  
 ein junger Knacht.  
 4512) Kafenbinnenstr. 2.

Zum 1. Januar mehrere  
**Zwei-Stuben-Wohnungen**  
 billig zu vermieten. (4391)  
 Näheres Charlottstr. 18. part., vorne.

Zu verkaufen ein **Waher** und  
 ein **Fahrrad**, 25 Mk.  
 4473) Wollnaststraße 8.

Billig zu verkaufen ein **Fahrrad**  
 mit Freilauf und Rücktritt.  
 4498) Schützenstraße 25. II.

Zu verk.: ein aut erhalt. weiner  
**Kachelofen** mit Unterfalten. (4508)  
 Näheres Engelwisch 31. v.

**Kinder-Jackets** für ein 13jähr.  
 Mädchen und **Damen-Jackets** bill.  
 zu verk. (4485) Marlstr. 52a v.

Zu verk. D. Winterüberz., H. Ha.,  
 gr. Konfirm. u. schw. T-Jackett,  
 Nr. 46. schw. Seid. u. weiß Tüll-Bl.  
 Nr. 44. (4490) Tintenbägen 2.

**Schottische Karre** zu verkaufen.  
 4479) Markt. Allee 83 a.

Eine **deutsche Sawäfer-Länder**,  
 1 1/2 Jahre alt, sehr mach, billig zu  
 verkaufen. (4497) Biegestr. 22 c.

Billig zu verkaufen ein **Baninchen**  
 zum Schlachten oder zur Zucht.  
 4470) Schwartauer Allee 205 v.

**4 Zugäuger**  
 zu verkaufen.  
 4471) Biegestr. 184.

Es stehen **60**  
**Ferkel** zum Ver-  
 kauf. 4465  
 Joh. Ahrends,  
 Fremdsamp.

**Neuer Hausstand!**  
 Garnitur: Sofa, 4 Stühle, Esstisch,  
 Vertikow, Spiegel m. St., 2 Bilder, Uhr,  
 Schlafzimmer: 2 Bettst., 2 Nachtsch.  
 Schrank, Wascht. m. Spiegel, 2 Stühle,  
 Küche: Schrank m. Aufsatz, Tisch, 2  
 Stühle, für auf. 400 Mk. zu verk.  
**Möbelhandlg. Marlesgrube 4.**

**Mediz. Sonntagssdienst**  
 am 27. Oktbr. von 1 Uhr ab. (4467)  
 Dr. med. Ziehl, Gr. Burgstr. 47.  
 Dr. med. Rahen, Dörstener-Allee 13.  
 Dr. med. G. Hofstaetter, Mois' Allee 2

**Plakate**  
 betr.  
 Verordnung des Medizinal-  
 amts vom 11. Juli 1910  
 bezügl. Feilhalten von Nah-  
 rung- und Genussmitteln  
 sind zum Preise von 30 Pfg.  
 per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**  
 Johannisstraße 46.

**Kartoffeln.**  
 Blaue französische  
 10 Pfd. 40 Pf., 100 Pfd. 3.25 Mk.  
 Magdeburger  
 10 Pfd. 40 Pf., 100 Pfd. 3.25 Mk.  
 Vorzügl. geiß. Magn. bonum  
 10 Pfd. 35 Pf., 100 Pfd. 2.90 Mk.  
 Serie von Erfurt  
 10 Pfd. 40 Pf., 100 Pfd. 3.50 Mk.  
**Wilhelm Süfke**  
 Warendorpsstraße 25.  
 Fernsprecher 1746.

**Uhren! Uhren! Uhren!**  
 Neu und getragen  
 sind  
 staunend billig zu haben  
 in der (4488)  
**Marktwiete 2, bei der Post.**

**Betten, Bettfedern**  
 u. u. **Betten-Artikel**  
 kaufen Sie billig und reell bei  
**Markt Otto Albers** Kohlmarkt  
 4. 10.  
 3 B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.  
 Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.  
 59) Rote Lubeca-Marken.

Da der Erweiterungsbau im Hause **Breite Straße 39** vollendet ist, eröffnet das  
**Photogr. Atelier Samson & Co.** Telephon 1057  
 mit dem heutigen Tage die vollständig neu hergerichtete Ausstellung ihrer künstlerischen Erzeugnisse.  
 Um dieselben bei einem größeren Publikum einzuführen, geben wir die mit Recht so sehr beliebten  
**Vergrößerungen**  
 rahmenfertig mit Passepartout in 30x36 Größe zu jeder Aufnahme in Mattausführung von 4 Mk. an  
**bis auf weiteres**  
**gratis.**  
 Ähnlichkeit und Haltbarkeit garantiert.  
 4475  
**12** Visit glanz 1.80 Mk. || **12** Visit matt 4.00 Mk. || **6** Visit matt 2.50 Mk.  
**Kabinett** 4.90 Mk. || **Kabinett** 8.00 Mk. || **Kabinett** 5.50 Mk.  
 Wir machen auf unsere **Kunstdrucke** aufmerksam, die sich besonders gut zu vornehmen **Weihnachtsgeschenken** eignen.  
 Atelier täglich, auch Sonntags von 9-7 Uhr geöffnet. Nach Eintritt der Dunkelheit Aufnahme bei elektr. Licht.  
**Achtung!** Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten, da vielfach Verwechslungen vorgekommen sind.  
 Um dem großen Andrang vorzubeugen, erbiten wir **Weihnachtsaufträge** frühzeitig.

Schönes trockenes  
**Buchen-Abfallholz**  
 ab Herbst 80 Pfg. und frei Haus  
 1 Mt. pro Saft. (2913)  
**F. E. Schacht & Co.,**  
 Tel. 289. Moislinger Allee 41.

**Goldene und silb. Uhren**  
 gut und billig.  
**L. S. Baruch,** Wandlungsgeschäft,  
 Aegidienstr. 35.

**Loden-Joppen**  
 3.80 5.80 9.10 bis 24.--  
**Paletots u. Ulster**  
 9.80 17.50 22.-- bis 44.--  
**Gestrickte Herren-Westen**  
 1.78 2.35 3.10 bis 11.50  
**Boy-Jacken**  
 4.80 6.25 7.50  
**Johann Dittmer**  
 Drögestraße 12 a  
 4496) Ecke Warendorpsstraße.

**Große Auswahl**  
 4486 von neuen  
 rindledernen halb, dreiviertel  
 und langen Stiefeln,  
 prima Qualität,  
**Herren-Schnall-, Schnür- und**  
**Zugstiefeln**  
 in verschiedenen Formen,  
**Damen-Schnürstiefeln**  
 mit und ohne Lacktappen, sowie  
**Schnürstiefeln und Spangenschuhen**  
 zu billigen Preisen.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinderst. (H.)**  
**Herren u. Damen led. Pantoffeln.**  
**Karl Frosch**  
 Aegidienstraße 38.

4510 Alle Sorten  
**Brennmaterialien**  
 auch trockenes Tannenholz  
 Kloben- und Sackweise liefert zu  
 billigen Tagespreisen frei Haus  
**H. Hoffmann** Fuhr-  
 geschäft.  
 Schönkampstr. 6 b.  
 cngros Brennmaterialien en detail.

Neusefeld, Kirchenstr. (3475)  
 Will. Baupl., 10 Min. v. d. el. Bahn-  
 n. Heiner. Soros, Breite Str. 52 u. Schw.  
**Ein fast neues Damenfahrrad**  
 zu verkaufen  
 4478  
 Fackenburg, Morier Straße 1.

**Herren-Hüte**  
 sowie Mützen  
 empfiehlt  
 in großer Auswahl zu billigsten Preisen.  
**Eduard Hirsekorn**  
 Rote Rabattmarken. Sandstraße 20. 4500

**Gebrüder Barg**  
 Kohlmarkt 5 Fernspr. 1739  
 empfehlen in  
**Damen- u. Kinder-Konfektion**  
**Kostümröcke Blusen**  
 2.95 4.50 5.75 Mk. usw. 1.35 1.75 2.95 4.50 Mk. usw.  
**Farbige Paletots**  
 7.25 8.75 12.-- 15.-- Mk. usw.  
**Schwarze Frauen-Paletots**  
 auch in großen Weiten  
 9.75 15.-- 19.-- 23.-- Mk. usw.  
**Blaue Cheviot- und Kammgarn-  
 Cheviot-Paletots**  
 9.75 13.50 15.-- 19.-- 23.-- 29.-- Mk. usw.  
**Abendmäntel und Capes**  
 7.-- 9.-- 15.-- Mk. usw.  
**Kinder-Jacken und Paletots.**  
 1 Posten Kinder-Kleider, enorm billig.  
**Herren- u. Knaben-Konfektion**  
 Loden-Joppen und Winter-Paletots  
 Anzüge in große Auswahl.  
**Extra-Angebote** zu sehr billigen  
 Preisen:  
 Serie I II III  
**Herren-Anzüge** . . . 15<sup>00</sup> 20<sup>00</sup> 25<sup>00</sup>  
**Jünglings-Anzüge** . 8<sup>00</sup> 10<sup>00</sup> 12<sup>00</sup>  
**Knaben-Anzüge** . . . 3<sup>00</sup> 4<sup>00</sup> 5<sup>00</sup>  
**Herren-Paletots** . . . 12<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 16<sup>00</sup>  
**Herren-Beinkleider** 2<sup>25</sup> 2<sup>95</sup> 4<sup>50</sup>  
 4499) 4% in bar oder rote Rabattmarken.

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
 25 Marlesgrube 25.  
**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**  
**Selbstgefertigte Arbeiten.**  
**Größte Auswahl.**  
**100) Billigste Preise.**  
**Weitgehendste Garantie.**  
**Zimmereinricht. stets vorrätig.**  
**Lieferung frei Haus**  
**auf eigenem Möbelwagen.**  
**: Teilzahlung gestattet :**  
**Bei Barzahlung Rabatt.**  
**Gebte rote Lubeca-Rabattmarken.**

**J. Mußfeldt**  
 Arminstr. 2 b Marlstr. 21 c  
 empfiehlt  
**reichhaltige Auswahl in**  
**sämtlich. Schuhwaren**  
 vom billigsten bis z. teinsten Genre.  
 Da ich mein Lager zur Herbstsaison  
 aufs Doppelte vergrößert habe, bin  
 ich in der Lage, allen Ansprüchen  
 zu genügen.  
**Maßarbeit und Reparaturen**  
 prompt und sauber. (4469)

**Johs. Tollgreve**  
 Juwelier und Goldschmied  
 Köaigstraße 92.  
**Lager von Gold-, Silber- und**  
**Altenswaren.**  
 Gravierungen, Neuarbeitungen.  
 Reparaturen schnell und billig.  
 Rote Rabattmarken. (4327)

**Willy Koch**  
 :: Zahntechniker ::  
 Lübeck, Holstenstrasse 21.

**Tarragona, Muskat,**  
**Madeira, Malaga u. Marsala**  
 empfiehlt in besten Qualitäten zu  
 bill. Preisen in Flaschen u. in Gläsern  
 — Restaurant — (4491)  
 „Zur deutschen Eiche“  
 Schlemmerstr. 11. Dalkt. d. electr.  
 Bahn. Ecke Dörst. Fremdenzimmer.

**Moderne** Garnitur (Zufall) nur  
 garnitur, 90 Mt., feine Salons-  
 garnitur, Tisch oder Seide, statt  
 225 Mt. jetzt 165 Mt., Vertiko,  
 reich geschm. 55 Mt., Spiegel  
 12 Mt., groß Trumeau 35 Mt.,  
 Schreibtisch 55 Mt., Salon- und  
 Auszugstische 18 Mt., Schlafzimmer  
 und Küchen jetzt enorm billig.  
 Direkt an Private. Händler verbet.  
 3965) Lager Bahnh. 83.

**Gewerkschaftshaus**  
 Lübeck, Johannisstraße 50-52  
 ff. gepflegte Biere.  
 Kalte und warme Speisen zu jeder  
 Tageszeit.  
 ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr,  
 102) 65 Pfg.

**Achtung!**  
**Kohlenarbeiter!**  
**Sektions-Versammlung**  
 am Montag, 28. Oktbr.  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.  
 Tagesordnung:  
 Innere Verbandsangelegenheiten.  
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen  
 erwünscht  
 4482) Der Vorstand.

# FÜR DEN WINTERBEDARF

Preiswerte krumpfreie 4509

## Rock- u. Hemdenflanelle

<b>Hemdenflanelle</b> echt indigoblau . . Meter 2.29 1.55 1.35	<b>1 15</b>	<b>Rock-Flanelle</b> einf. meliert u. gestreift Meter 2.30 1.90 1.45	<b>1 35</b>
<b>Hemdenflanelle</b> echt indigoblau Körper Meter 2.60 2.20 1.60	<b>1 35</b>	<b>Futter-Flanelle</b> weiß und farbig Meter 1.90 1.35 1.15	<b>95</b>
<b>Hemdenflanelle</b> weiß u. farbig meliert Meter 2.25 1.85 1.50	<b>1 40</b>	<b>Molton u. Gaschen</b> extra schwer f. Jack. u. Hos. m 2.10 1.75 1.40	<b>1 15</b>

# Rudolph Karstadt.

Empfehle mein neues  
**Klubzimmer m. Piano**  
Gesangvereinen und Klubs sowie  
zur Abhaltung kleiner Festlichkeiten.  
Daselbst (4121)  
guter bürgerl. Mittagstisch.  
F. Strokar, Restaurant  
Pollerkrug,  
Schwartauer Allee 92.

**Zentral-Hallen**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
H. Pagel.

**Konzerthaus Friedrichshof**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**

**Weisser Engel**  
Jeden Sonntag:  
**Freier Tanz.**  
Eintritt frei. (4466) Bernh. Boldt.

**Kaffeehaus Moising.**  
Sonntag: (4507)  
**Freies Tanzkränzchen.**  
Montag, am Markttag:  
**Gr. Tanzmusik.**

**Einsegele**  
Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Friedr. Franz-Halle  
Morgen Sonntag:  
Gr. Tanzkränzchen  
Eintritt frei.

**Hansa-Halle**  
Morgen Sonntag:  
**Gr. Tanzkränzchen**  
J. Rieck.  
**Adlershorst.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen**

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Lübeck.  
Einladung zum  
**24 jährigen Stiftungs-Fest**

bestehend in  
Konzert, Theater-Aufführung mit Gesang  
und nachfolgendem Ball  
am Sonntag, dem 27. Oktober 1912  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Theateraufführung 7 1/2 Uhr.  
Preis der Karte 60 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe. (4310)

**Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.**  
(G. S. Nr. 24.)

**General-Versammlung**  
am Montag, dem 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1912.  
2. Die Zahlung der Beiträge zur Privatangestellten-Versicherung.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. (3611)

**BALL**  
der freim. Feuerwehr  
Stodfeldsdorf  
am Sonntag, 27. Oktober 1912  
im Lokale des Kameraden Dose  
wofür freundlich einladen (4481)  
H. Dose. Der Vorstand.

„Zur alten Post“  
Moising.  
Sonntag, den 27. Oktober:  
Großes Familien-Kränzchen.  
Hierzu ladet freundlich ein  
C. Hoyer. (4464)

**Gasthof Transvaal**  
Schwartau.  
Sonntag, den 27. Oktober 1912  
**Grosse Tanzmusik.**  
Hierzu ladet freundlich ein  
Rob. Pinkert. (4490)

Restaurant  
**Hamburger Hof**  
Schwartau.  
Sonntag und Montag:  
Gr. kamer. Gesangs-Konzert  
ausgeführt v. den Ober-Quartetten  
Kämpfer - Steinsmann.  
Eintritt frei.  
Hierzu ladet ein  
A. Lau. (4489)

**Restaur. Hermann Freese**  
Arnimstraße 38.  
Großes Verlegen  
v. fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch  
am Sonntag, dem 27. Oktober  
und Montag, dem 28. Oktober.  
Anfang 11 Uhr vormittags.  
4503 Anfang 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlich ein  
Regeklub „Se wackelt“.

**Großes Ausspielen**  
von fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch 4492  
auf einem Ziehbillard  
am Sonntag, d. 27. Oktober  
Anfang 11 Uhr morgens.  
Eintrag 50 Pfg., wofür 3 Stöße.  
Hierzu ladet ganz ergebenst ein  
Franz Callies, Mittelstr. 20a.

**Schlutup.**  
Gasthof  
zum weißen Schwan“  
Inh.: R. Böge. (2472)  
Jeden  
Sonntag: **Tanzkränzchen.**  
Gute Speisen. E. Dietz.

# Ball der Seeleute

zum Besten der Seefahrer-Krankenkasse  
am Sonntag, dem 3. November 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.  
Anfang 6 Uhr abends. Ende 2 Uhr morgens.  
Eintritt 60 Pf., eine Dame frei.

4484) Es ladet freundlich ein Das Komitee.



## Ball der Weinhändler-Arbeiter

(Unterstützungskasse von 1897)

am Freitag, dem 1. November 1912

im Lokale des Herrn Hermann Pagel (Zentralhallen).  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Ballanfang 8 Uhr. Ende morg.

Eintritt 1 Mk., eine Dame frei. Damenkarte 30 Pfg.  
Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

4488)

Etwaiger Überschuss verfällt der Unterstützungskasse.



## Arbeiter-Radtfahrer-Verein Lübeck.

### Einladung

zum

## Großen Gala-Saalfest

verbunden mit Kunst- und Reigenfahren sowie Auftreten  
der Geschwister Spethmann (9 und 11 Jahre alt)

am Sonntag, dem 10. November 1912  
in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Um 10 Uhr:

Große humoristische Pantomime „Im fidelelen Dorftrug“  
(zum Kaputtachen).  
Lokalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

4472)

Das Komitee.

## Neu-Lauerhof. Familientränzchen.

Heute Sonntag: Großes

Am Donnerstag, 31. Oktober 1912:

### Erster Familienball.

4495)

NB. Der Unterschriftsbogen liegt zur gefl. Zeichnung im Lokal aus.

## Konzerthaus „Flora“.

4508)

Jeden Sonntag:

### Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr.

Eintritt frei.

Ende 2 Uhr

## Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei.

(1894)

Gustav Gipp.

**Gasthof zum Riesebusch**  
Schwartau.  
Sonntag, den 27. Oktober:  
Große Tanzmusik.  
Hierzu ladet freundlich ein  
Gotth. Strunck. (4511)

**Kalnberg's**  
Theater — Variété  
Beginn 7 Uhr.  
Heute neues Programm.  
Um 9 1/2 Uhr: (4502)  
„Die Logenbrüder“  
Poffe mit H. Kalnberg.  
Auf allen Plätzen 40 Pfg.  
Nach der Vorstellung:  
**Bier-Kabarett**  
bei freiem Eintritt.

Konzerthaus  
**Zauberflöte**  
Täglich Freikonzert  
der Oesterreichischen  
Damen-Kapelle  
**„Fidele Geister“**  
5 Damen, 2 Herren.  
Eintritt gänzlich frei!  
Anfang 4 Uhr.  
4492) Ludwig Kock.

**Hansa-!?!?** 8 1/2 Uhr.  
**Theater!?!?** 8 1/2 Uhr.  
Professor Rooberts,  
Hofzauberkünstler.  
La Taliana, Sport-Mt.  
Die 5 Ramoneurs,  
Tanz-Transformation.  
Kurt Speyer,  
Humorist u. Stimmungsmacher.  
sowie and. Neuheiten f. Lübeck.  
Vorzugskarten gültig.

Sonntag nachm. 4 Uhr: Große  
Freunden- u. Volksvorstellung.  
Beginn d. Konzerts Sonntags 7 1/2  
Abends 11 Uhr:  
Kabarett die ganze Nacht.  
Eintritt frei. Eintritt frei.  
4494) ??? Neue Typen!!!

**Neues Stadttheater.**  
Sonntag, den 27. Oktober 1912:  
Nachm. 3 Uhr. Außer Abonnement.  
Ein Sommernachtstraum.  
Lustspiel von W. Shakespeare.  
Musik von Mendelssohn.  
Kleine Preise. Ende nach 5 1/2 Uhr.  
Abends 7 1/2 Uhr. 36. Vort. i. Volk-Ab.  
Ende nach 10 Uhr.  
2. Gastspiel des Kgl. dan. Kammer-  
jägers Wilhelm Herold  
v. Kgl. National-Theat., Kopenhagen  
Cavalleria rusticana v. Mascagni  
u. Der Bajazzo von Leoncavallo.  
Turiddu und Canio  
Wilhelm Herold a. G.  
Erhöhte Preise.  
Montag, den 28. Oktober:  
37. Vort. i. Volk-Ab. 6. V. i. Mont-Ab.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Der liebe Augustin.  
Operette von Leo Fall.  
Große Preise. (4477)

## Kampftage.

Die Wahlkampagne in Rußland nähert sich ihrem Höhepunkte, und immer deutlicher tritt aus den bruchstückartigen Mitteilungen über den Verlauf des langwierigen, vielstufigen Wahlprozesses die Tatsache hervor, daß sogar das Schandgesetz vom 16. Juni 1907 machtlos ist, die Mobilisation der demokratischen Kräfte aufzuhalten. Selbst die „Nowoje Wremja“ hat kürzlich eingestehen müssen, daß die jetzigen Dumawahlen, ungeachtet des bestehenden Wahlgesetzes, eine Volksvertretung nach dem Muster der ersten oder der zweiten Duma geliefert hätten, wenn nicht die Geistlichkeit auf Befehl des Oberprokurators des heil. Synods in geschlossenen Reihen an die Wahlurnen marschiert wäre. Hält man diese Meinung sogar für etwas übertrieben, so muß dennoch festgestellt werden, daß das Votum der breiten Wählermassen sich trotz des aufoktroierten Wahlgesetzes, trotz der Fallgruben der Wahlerläuterungen und Wahlfälschungen ungeweiht gegen das herrschende Regierungssystem ausgesprochen hat. Den besten Beweis dafür liefert der Ausgang der Wahlmännerwahlen, die jetzt in den meisten Gouvernements schon abgeschlossen sind. Die Arbeiter haben durchweg sozialdemokratisch, die Städte liberal und sozialdemokratisch, die Grundbesitzer fast durchweg konservativ gewählt. Unklar ist die Zusammenfassung der bäuerlichen Wahlmänner, die sich unter dem Druck der Administration „parteilos“, „gemäßigt“ usw. nennen. Aber schon die Tatsache, daß die Reaktionsäre keine sonderliche Freude über den Ausgang der Bauernwahlen zur Schau tragen, und daß 40—50 % der bäuerlichen Bevollmächtigten aus den dürftigen Amtspersonen bestehen, die zur junkerlichen Gefolgschaft direkt gepreßt werden, spricht eine deutliche Sprache über die wahre Stimmung der Bauernschaft. Eine ungewöhnlich schmächtige Rolle bei den jetzigen Wahlen spielt die Geistlichkeit, die auf Befehl ihrer obersten Behörde ausgerückt ist, um durch Zurückdrängung der Kleingrundbesitzer eine ausschlaggebende Stellung in den Wahlmännerversammlungen einzunehmen und die bedrohten Mandate für die schwärzeste Reaktion zu retten. Jetzt, nach dem Abschluß der Wahlmännerwahlen, treten die Absichten der klerikalen Wahlstrategen deutlicher hervor. Die Geistlichen bilden ungefähr 15 % sämtlicher Wahlmänner und sind dahin instruiert, den zu wählen, den die Administration ihnen vorschreiben wird. Es würde zu weit führen, wollte man auf die schamlose Beeinflussung der Geistlichen durch die vorgelegten Behörden näher eingehen. Es genügt der Hinweis, daß die gesamte russische Presse darin einig ist, die Rolle der Geistlichkeit bei den Wahlen als die des Stimmviehs zu bezeichnen. In einzelnen Gouvernements revoltieren sogar die Junker gegen die Uebermacht der Popen, die bei ihrer Wahlstrategie den Sonderzweck verfolgen, selbst die Kandidaten der Regierungsparteien in klerikalem Sinne zu beeinflussen, d. h. sie für die unerfülllichen Appetite der heiligen Väterchen geübig zu machen.

Die Wählererschaft in den Städten zeigt einen unverkennbaren Rückwärtsschritt. Das geht weniger daraus hervor, daß die städtischen Wahlmännerwahlen eine überwiegende oppositionelle Mehrheit (58 % in der ersten und 73 % in der zweiten Kurie) ergeben haben, als aus der nicht hoch genug zu veranschlagenden Tatsache, daß die Sozialdemokratie selbst unter den städtischen Wählern, die sich zumeist aus der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie rekrutieren, den Liberalen erfolgreich Konkurrenz macht! Bis zum 21. d. Mts. hat die Sozialdemokratie in den städtischen Kurien ca. 60 Wahlmänner durchgebracht und befindet sich in einer ganzen Reihe von Gouvernements in recht ausichtsreicher Position für die Endwahlen. Sieht man aber auch von dem Endergebnis ab, der infolge der unzehnerlichen Wahlkassierungen der Regierung vorläufig noch unabsehbar ist, so sind die Erfolge der Sozialdemokratie in den Städten von enormer politischer Bedeutung. Einmal weisen sie darauf hin, daß die beträchtlichen Schichten der Angestellten endlich den Weg zu ihrer Klassenpartei gefunden haben, dann aber auch, daß zahlreiche Elemente des Bürgertums den Glauben an den Liberalismus verloren haben, und der konsequente zielbewußte Politik der äußersten Linken Gefolgschaft leisten. In welchem Maße der Prozeß der Radikalisierung des städtischen Bürgertums vorgeschritten ist, dürfte sich bei den bevorstehenden Wahlen in den größten Städten mit direkter Wahl noch deutlicher zeigen als bisher.

Der Ausgang der Wahlmännerwahlen in der Arbeiterkurie bestätigt die bei den Urwahlen ausgesprochene Ansicht, daß die Arbeiterkurie die Domäne der Sozialdemokratie darstellt. Mit geringen Ausnahmen, und aus diesen Wahlen Sozialdemokraten oder „äußerste Linke“ oder „Linke“ hervorgegangen. Auch die Arbeiterkurie in Polen, wo die polnischen Nationaldemokraten unsere Genossen bisher erfolgreich Konkurrenz machten, ist diesmal mit einem Schläge erobert worden. Bemerkenswert hierbei ist, daß die Arbeiterbevollmächtigten in Warschau, ungeachtet der geringen Anzahl der jüdischen Bevollmächtigten, als einen ihrer drei Wahlmänner den jüdischen Arbeiter Josef Bronowsky wählten, und dadurch ihren Protest gegen die antisemitische Hege der polnischen bürgerlichen Parteien zum Ausdruck zu bringen.

Am bedeutungsvollsten gestalteten sich die Arbeiterwahlen in Petersburg. Unmittelbar vor der Wahlmännerwahl am 18. Oktober kassierte die Regierung aus einem nichtigen formalen Anlaß, der nicht einmal in dem herangezogenen Artikel des Wahlreglements berührt ist, die Urwahlen in den größten Petersburger Betrieben. Anstelle von 185 Bevollmächtigten wurden

bloß 50 zum Wahlaft zugelassen. Diese wählten aus ihrer Mitte 6 Wahlmänner, sämtlich Sozialdemokraten, aber trotz dieses eindrucksvollen Votums der Arbeiterbevollmächtigten, die sich durch den infamen Schlag der Regierung nicht desorganisieren ließen, war die Erregung in den „kassierten“ Betrieben so gewaltig, daß es schon am selben Tage zu Arbeitseinstellungen, Meetings und Manifestationen kam. Auf den Putzloswerken allein streikten 14 000 Arbeiter, insgesamt dürften am 18. und 19. ca. 60 000 Arbeiter gestreikt haben. Auf den streikenden Betrieben wurden Protestresolutionen angenommen, wobei die Arbeiter besonders ihre Einigkeit bei der Führung der Wahlkampagne hervorhoben. Der Erfolg dieser Manifestationen war der, daß die Gouvernementswahlkommission die Wahlen der Wahlmänner als nichtig erklärte, weil die Bevollmächtigten der größten Fabriken an ihnen nicht teil genommen haben! Die Konsequenz aus diesem Beschluß muß die sein, daß den Petersburger Arbeitern noch einmal Gelegenheit gegeben werden muß, die Wahlen ihrer Vertreter vorzunehmen. Die Petersburger Arbeiter haben durch ihre eindrucksvolle Manifestation gezeigt, daß sie keineswegs gewillt sind, den „kleinen Staatsstreik“ vom 17. Oktober widerstandslos über sich ergehen zu lassen, und der weiteren Verflümmung ihres Wahlrechtes ihre passive Zustimmung zu geben. Welche Tücken und Schliche die Regierung auch ersinnen sollte — ihr Mandat von der Hauptstadt werden sich die Arbeiter nicht rauben lassen.

## Aus der Partei.

**Der nationale Richter.** In Detmold sollte sich am Mittwoch der Genosse Dreeschlage, der Verantwortliche der „Volksmacht“, wegen angeblicher Beleidigung eines liberalen Redakteurs vor dem Schöffengericht verantworten. Der Angeschuldigte lehnte aber den vorliegenden Richter, Amtsgerichtsrat Böters, wegen Verborgnis der Befangenheit ab. Dieser Herr, der sich in Kriegervereinen und in der „nationalen“ Jugendpflege hervorragend betätigt, hatte in der Begründung eines früher gegen die „Volksmacht“ ergangenen Urteils von „schamlosen Artikeln“ gesprochen und auch sonst scharfe Wendungen gebraucht, die seine Ablehnung rechtfertigten.

**Verurteilt, trotz alledem!** In einer Rede während des Bergarbeiterstreiks im Luga-Delsnitzer Revier soll Genosse Redakteur Max Müller die Gendarmen beleidigt haben. Im Prozeß vor dem Stollberger Schöffengericht wurden nur zwei Belastungszeugen vernommen, die vom Genossen Müller geladenen Zeugen wurden abgelehnt. Unter den Belastungszeugen befand sich auch der Delsnitzer Wachtmeister, der gar nicht in der Versammlung war und sich nur auf das stützen konnte, was ihm der Schuhmann, der am Buset gestanden hatte, mitteilte. Genosse Müller bestritt entschieden, den in Frage kommenden Ausdruck gebraucht zu haben. Das half ihm nichts, er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die dagegen eingelegte Berufung wurde vom Landgericht Chemnitz verworfen. Diesmal hatte die Staatsanwaltschaft an Stelle des Delsnitzer Wachtmeisters den Stollberger Obergendarm geladen, der allerdings auch nicht in der Versammlung war. Den Belastungszeugen standen vier Entlastungszeugen gegenüber. Genosse Müller wies darauf hin, daß er in seiner Rede sogar das besonnene Verhalten der Gendarmen anerkannt habe. Half alles nichts, das Urteil wurde bestätigt. Die Aussagen der beiden Beamten und eines Postassistenten, der den Ausdruck nicht bestimmt angeben kann, wogen schwerer als die Aussagen der Zeugen des Genossen Müller.

Ein bemerkenswerter Prozeß fand dieser Tage in Jalta (Krim) statt. Der Schriftsteller Sikorsky mußte sich vor dem Appellhof wegen der Anschuldigung verantworten, Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu sein und während der Wahlkampagne für die zweite Duma (vor 6 Jahren!) für den sozialdemokratischen Kandidaten agitiert zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien! Während der Telegraph diese ungeheuerliche Nachricht (die keineswegs vereinzelte dasteht) über ganz Rußland verbreitet, bringen die Zeitungen täglich Dutzende von Mitteilungen über die Auffstellung offizieller sozialdemokratischer Kandidaten, über die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner usw. Welchen Beweises bedarf es noch, um darzutun, daß die Sozialdemokratie, dem angeführten Votum zum Trotz, sich selbst unter dem Regime des Staatsstreikes nicht aus dem öffentlichen Leben verdrängen läßt? Eben weil sie sich der Gefahren bewußt ist, der sie ihre einzelnen Mitglieder aussetzt, ist ihre Energie doppelt bewundernswert, mit der sie unter dem Kugelhagel der Feinde ausharrt und Zoll um Zoll vordringend, sich ihr Existenzrecht im öffentlichen Leben verteidigt.

## Bewerkchaftsbewegung.

**Lohnbewegungen im Holzgewerbe.** Aus dem Holzgewerbe sind mehrere günstige verlaufene Lohnbewegungen zu berichten. Der zweiseitige Kampf der Stockarbeiter in Wald i. Rhld. wurde von den Unternehmern zur Nachfrage gestempelt und jegliche Verhandlung von ihnen so lange strikte abgelehnt, bis die Arbeiter ihre Hauptforderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden zurückgezogen hätten. Obwohl diese Taktik der Wälder Unternehmer von dem Verband der Deutschen Stockindustriellen nach außen hin nicht gebilligt wurde, unterstützte er doch im stillen alle Maßnahmen dieser Unternehmer, die auf eine völlige Aushagerung der beteiligten Arbeiter berechnet waren. Das veranlaßte den Vorstand des Holzarbeiterverbandes, nunmehr dem Verband der Stockindustriellen mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß unter solchen Umständen der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen müsse, wenn nicht in Wald eine andere Taktik Platz greifen würde. Nach wiederholter mündlicher Besprechung zwischen den beiderseitigen Verhandlungsleitungen kam es dann zu Verhandlungen, die ein für beide Teile annehmbares Resultat zeitigten. Erreicht wurde zwar nicht die 9stündige tägliche Arbeitszeit, aber die 5½stündige pro Woche und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Proz. — In den Betrieben der Uhrenfabrikation in Freiberg in Schlesien sind durch friedliche Vereinbarung sehr

beträchtliche Verbesserungen für die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Holzarbeiterverband festgelegt worden. Die Stundenlöhne der Arbeiter wurden um 5 bis 6 Pfg., die der Arbeiterinnen um 4 bis 5 Pfg. erhöht. Die Akkordpreise erhöht sich sofort um 5 Proz. für Arbeiter und 7½ Proz. für Arbeiterinnen, während am 1. September 1914 eine weitere Erhöhung um je 5 Proz. erfolgt. Die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen steigen sofort von 19 auf 22 Pfg., am 1. September 1913 und 1914 auf 23 Pfg. bzw. 24 Pfg. Die Arbeitszeit, die bisher 58 bis 60 Stunden betrug, wird vom 1. September 1914 ab auf 55 Wochenstunden verkürzt. Diese Verbesserungen bedeuten im Vergleich zu den noch sehr rückständigen Verhältnissen der unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Betrieben der schlesischen Holzindustrie einen ganz beachtlichen Fortschritt. — Für die Branche der Bergolder, deren Interessenvertretung der Holzarbeiterverband ist, sind in mehreren Städten erfolgreiche Lohnbewegungen in den letzten Wochen durchgeführt worden. In Hamburg sind die Lohnverhältnisse durch Festlegung von Mindestlöhnen, die für Arbeiter über 21 Jahre 87 Pfg. und für solche unter 21 Jahren 50 Pfg. pro Stunde betragen, gegen zukünftige Verschlechterungen geschützt. Die Arbeitszeit, die bisher in den größten Betrieben noch 56½ Stunden pro Woche betrug, wird auf 52 Stunden verkürzt. Neben dem Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung tritt eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Woche ein. Der paritätische Arbeitsnachweis für die Hamburger Holzindustrie ist als Vermittlungsstelle für die Bergolderbranche anerkannt worden. — In Köln a. Rh. ist bei der Firma Koenemann eine Verständigung über die Verkürzung der Arbeitszeit von 19 auf 9 Stunden pro Tag noch nicht möglich gewesen, trotzdem in allen anderen Betrieben bereits die kürzere Arbeitszeit besteht. Ob es die Firma K. dieserhalb zum Kampf kommen läßt, bleibt vorläufig abzuwarten. — In Berlin ist es zu einem Streik der Bergolder gekommen, dem aber aus dem Grunde eine besondere Bedeutung beigemessen werden muß, weil der Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe den beteiligten Unternehmern streng unterzagt hat, sich auf die Forderung der 50stündigen wöchentlichen Arbeitszeit einzulassen. Welche Gründe den Unternehmerverband zu dieser Taktik bestimmten, ist unsicher zu erraten. Da aber bereits mehr als drei Viertel aller beteiligten Arbeiter schon die kürzere Arbeitszeit haben, dürfte die Forderung der Arbeiter bald allgemein durchgeführt sein. — Der Streik der Tischler in Bremen dauert bereits 20 Wochen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre, da die Schafmayer des Baugewerbes ihre wirtschaftliche Uebermacht dazu mißbrauchen, die beteiligten Tischlermeister unter Anwendung des argsten Terrorismus von einer Bewilligung der geforderten Arbeitszeitverkürzung abzuhalten. — In der Nähmaschinenfabrik von Mundlos u. Co. in Magdeburg haben circa 500 Metall- und Holzarbeiter die Arbeit eingestellt. Bei den Tischlern betrug der Einstellungslohn 45 Pfg. und bei den Maschinenarbeitern gar nur 38 und 39 Pfg. Es war der Wunsch der Arbeiter, diese Lohnverhältnisse etwas zu verbessern; doch die Firma lehnte jegliche Verhandlung hierüber ab, sodaß der Kampf unvermeidlich wurde. Um die Streikenden müde zu machen, ist jetzt ein Trupp Hinzemänner mit zwei Köchen in den Betrieb eingezogen. — In Striegau mußten die organisierten Holzarbeiter der Stuhlfabrik die Arbeit einstellen, um die noch bestehenden sehr miserablen Lohnverhältnisse um ein geringes zu verbessern. — In Emden ist nach zwölfwöchigem Kampfe die Lohnbewegung der Möbeltischler erfolgreich beendet. Der Lohn steigt um 7 Pfg. von 45 auf 52 Pfg. bei einer Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 Stunden pro Woche. — Die Schreiner in Schwefelnfurt erkämpften sich in einem achtwöchigen Streik eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden pro Woche und 6 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde. — Ueberall steht in erster Reihe der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit. Nicht nur die Arbeiter, auch die Arbeiterinnen sind dabei hervorragend beteiligt. Außer an diesen Kämpfen waren Arbeiterinnen besonders an eine Bewegung in der Bremer Stuhlrohindustrie beteiligt, die erfolgreich durchgeführt werden konnte. Doch trotz aller dieser ununterbrochenen Kämpfe, die immerhin mit beträchtlichen materiellen Opfern verknüpft sind, steht der Holzarbeiterverband der bevorstehenden großen Tarifvertragsbewegung mit ungeschwächten Kräften gegenüber. Wohlgeschulte und disziplinierte 195 000 Mitglieder stehen in Treue und Solidarität zusammen und der Verband ist in der Lage, mit einem Kampffonds von 6½ Millionen allen Anstürmen Trotz zu bieten.

**Streik bei der Weltfirma Schlesische Holzindustrie in Langensiefen.** Die Firma hatte in voriger Woche zwei Arbeiter, darunter den Vorsitzenden der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangel. Mit Recht aber vermuteten die Arbeiter des Betriebes hinter diesem Vorgehen ein Vorzeichen zu der im nächsten Jahre erscheinenden Tarifvertragsbewegung und den bevorstehenden Kämpfen in der Holzindustrie. Bisher hat es die Weltfirma immer abgelehnt, durch die Organisationen Tarife abzuschließen. Das gelang ihr 1907 und 1910, wo sie die Arbeiter veranlaßte, einzeln die Verträge zu unterzeichnen. Dabei ist die Firma selbst organisiert. Schon im Frühjahr versuchte die Firma, ganz nach ihrem Belieben den Arbeitern eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit aufzuzwingen. Dank der Einmütigkeit der Arbeiter wurde dieser Anschlag abgewiesen. — Nach mehrfachen ergebnislosen Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion wegen Zurücknahme der Kündigungen, und nachdem der Direktor geäußert hatte, daß die Tarifvertragsbewegung wiederum nur mit den einzelnen Arbeitern abgeschlossen werden würde — „er wolle doch einmal sehen, wer Herr im Hause sei“ — beschloß in einer Versammlung am Dienstagabend die übergroße Mehrheit der bei der Firma beschäftigten Arbeiter den Streik. Über 400 Arbeiter haben am Mittwoch früh die Arbeit nicht aufgenommen. An dem Streik sind außer dem Holzarbeiterverbande auch der Dirsch-Dunckerische Gewerksverein und die Christlichen beteiligt. Zugang von Holzarbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

**Angedrohte Aussperrung in der Metallindustrie in Wenden.** Der Streik des christlichen Metallarbeiterverbandes bei der Firma Schmölke u. Co. in Wenden, an dem auch der Deutsche Metallarbeiterverband gering beteiligt ist, scheint weitere Ausdehnung anzunehmen. Der dortige Unternehmerverband hat nach einer Meldung des dortigen „Märkischen Volksblatt“ beschlossen, daß, wenn von den streikenden Arbeitern der Firma Schmölke u. Co. bis den 25. d. M. sich nicht so viele zur Aufnahme der Arbeit gemeldet haben, um den Betrieb wieder voll aufnehmen zu können, dann soll am Sonnabend, dem 26. d. M., sämtlichen

